

Berliner

VOLKS-TRIBÜNE.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh.
Abonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).
Einzelne Nummer 15 Pf.
Durch jede Post-Anstalt Deutschlands zu beziehen. (Preis viertelj. 1 Mt. 50 Pf.)

Redaktion und Expedition:
SO. (26), Elisabeth-Ufer 55.
Ausgabe für Expediteure:
„Volksblatt“, Neust. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet.
Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf.
Inseraten-Aufnahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55
Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 898 der Zeitungs-Preisliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 26. September 1891.

V. Jahrgang.

Inhalt: Politische Notizen. — Soziales aus Oesterreich. — Der Krieg und die Sozialdemokratie. — Die Entscheidung über Krieg und Frieden im Programm-Entwurf. II. — „Der neue Machthaber des 20. Jahrhunderts.“

Gedicht. — Novelle. — Trades Unions für Frauen. — Friedrich Richsche. I. — Arbeitsämter. — Verschiedenes.

Die Postabonnenten unseres Blattes

erinnern wir daran, vor Monatschluß ihr

Abonnement zu erneuern,

da dasselbe von der Post sonst als erloschen betrachtet wird.
Postzeitungskatalog Nr. 893.

Preis pro Quartal Mk. 1,50 (bei Selbstabholung), durch Briefträger ins Haus 1,65 Mk.

Die Kreuzbandabonnenten

bitten wir, wenn möglich, vom 1. Oktober an

direkt von der Postanstalt zu beziehen,

da die Expedition sich dadurch bedeutend vereinfacht. Wo Kreuzband weiter gewünscht wird, bitten wir um umgehende Nachricht, sonst nehmen wir an, daß direkte Bestellung bei der Post erfolgt ist und senden daher vom 1. Oktober an nicht weiter.

Abonnements nimmt jede Postanstalt an.

Neu hinzutretende Abonnenten können drei Quartale dieses Jahrganges zum Preise von 4,50 Mark nachgeliefert erhalten.

Politische Notizen.

— Der politische Horizont umwölkt sich von Tag zu Tag mehr. Als wir im Frühjahr den bevorstehenden Krieg prophezeiten, ernteten wir bei den bürgerlichen Blättern nur ungläubiges Kopfschütteln. Jetzt ist die Sache so weit, daß schon ernsthaft diskutiert wird. Auf die kleinen Zwischenfälle geben wir ja allerdings nichts, wenn etwa bei der Aufführung des „Lohengrin“ ein paar bezahlte russische Polizeispizel und einige Narren Skandal machen oder wenn eine Rede des deutschen Kaisers in der unberichtigten Form in Frankreich Lärm erregt. Die politische Entwicklung wird nicht durch solche Dinge bestimmt. Aber sie sind Symptome; und wenn man dazu noch das Vorgehen Rußlands in der Dardanellenfrage rechnet, so muß jetzt selbst der „blinde Hödur“ auf der Redaktionsstube der bürgerlichen Blätter einsehen, daß wir sehr ernstlichen Zeiten entgegengehen.

— Dazu kommt, daß der Nothstand sich immer mehr verschärft. Von verschiedenen Seiten laufen Berechnungen über den Ernteertrag ein, die alle das Gemeinsame haben, daß sie ein starkes Defizit konstatieren. Die auf der Straße vor Hunger umfallenden Menschen sind eine stehende Rubrik in den Blättern geworden. Kommt noch ein Krieg dazu, so ist das Elend nicht auszumalen, und wir werden aus der Zivilisation in die wildeste Barbarei verjert sein.

— Von welchem großen Einfluß die jetzige Theuerung der Lebensmittel auf die Industrie ist, das zeigt wieder einmal folgende Notiz, welche die letzte Nummer der „Deutschen Tabak-Zeitung“ bringt:

„Es gehen uns aus verschiedenen Theilen Deutschlands aus Fabrikantenkreisen Mittheilungen zu, welche die Annahme bestätigen, daß seit einiger Zeit eine sehr merkbare Abnahme in dem Konsum von Tabakfabrikaten, besonders von Zigarren, eingetreten ist. Da anscheinend die Gründe dieser Abnahme des Konsums — die hohen Preise der Lebensmittel — in der nächsten Zeit nicht verschwinden werden, so werden vorsichtige Fabrikanten gut thun, sich rechtzeitig auf einen verminderten Absatz einzurichten, damit sie nicht später in Folge von Anhäufung der Lagerbestände gezwungen sind, zu verlustbringenden Preisen zu verkaufen.“

— Ein neues Lotterie-Projekt zur Verbesserung der Ansichten des Kaiserschlosses in Berlin soll (der „Frei. Zig.“ zufolge) in Erwägung stehen. Diesmal

handelt es sich nicht zugleich um die Gewinnung eines Platzes für ein Nationaldenkmal, sondern einfach um eine Verschönerung der Umgebung des Schlosses. Der Kaiser wünscht nach der Seite des Schloßplatzes das Schloß von gärtnerischen Anlagen, ähnlich wie auf der Lustgartenseite, begrenzt zu sehen. Die städtischen Behörden haben hiergegen die Rücksichten auf den Verkehr des Schloßplatzes geltend gemacht. Was der Schloßplatz an Anlagen für das Schloß abgeben, müsse anderweitig gewonnen werden durch die Niederlegung eines Theiles der Marstallgebäude und der gegenüberliegenden Häuser. Nun sind allerlei Personen am Werk, um ein neues Lotteriprojekt aufzustellen für die Bestreitung der Kosten der Niederlegung solcher Gebäude.

— Einen sehr charakteristischen Beitrag zur preussischen Geschichte liefert die neueste Fortsetzung der Aufzeichnungen des Grafen v. Roon:

Es war am Anfang des Jahres 1872, als der Kultusminister v. Mähler dem Könige sein Entlassungsgesuch einreichte. Dasselbe war von Seiten des Staatsministeriums gewünscht und schließlich auch einstimmig befürwortet worden, weil, abgesehen von der thatächlich sehr großen Unpop. larität Mähler's, derselbe auch sonst nicht der geeignete Kompfminister schien, um jenen Streit mit der römischen Kirche anzufechten und die dazu erforderlichen gehaltenen Gesetzesvorlagen zu bearbeiten und zu vertreten. Den geeigneten Mann glaubte man dagegen in der Person des Dr. Falk, Unterstaatssekretärs im Justizministerium, gefunden zu haben. Der Kaiser schrieb, als es sich um die Ernennung des letzteren handelte (am 16. Januar 1872), an Roon:

„Die Mähler-Katastrophe und deren Folge beschäftigt mich auf das Peinlichste seit vier Tagen. Ich habe bisher nur den Fürsten Bismarck über den Nachfolger gehört, muß aber wünschen, noch einige andere Urtheile über einen Kandidaten zu hören, den ich nur habe nennen hören! Ich ersuche Sie daher, heute (um 12 Uhr) zu mir zu kommen, um über die Sache zu sprechen.“

Des Weiteren ergab sich, daß der Monarch Zweifel hatte, wie der ihm vorgeschlagene Kandidat sich i. Z. als Abgeordneter zur Militärfrage gestellt hätte. In seinem Berichte (vom 20. Januar) machte Roon zunächst die verlangten Angaben über die einzelnen Abstimmungen des Abgeordneten Falk in der Militärfrage (F. war Mitglied der Fraktion Mathis und damit der gemäßigten Opposition gewesen) und fuhr dann fort:

„Dr. F. gehörten unter allen Umständen zu denjenigen, welche durch die Erfolge der Reorganisation längst mit derselben ausgeföhnt, offenbar zu einer größeren politischen Reife gelangt sind, so wie er auch stets zu den Männern zu zählen war, welche selbst da, wo sie irren, einer ernstlichen, gewissenhaften Ueberzeugung folgten, zu denjenigen, welche, Feind jeder Privatität und persönlichen Gehässigkeit, ihre Meinungen stets mit angemessener Würde und einer anerkennenswerthen Ruhe zu vertreten wußten.“

Ob Einer Kultusminister werden kann, hängt ab von seiner Stellung zur Militärfrage!!

— Zur Naturgeschichte der Amtsblätter liefert einen charakteristischen Beitrag der Vertrag, den der nationalliberale Wanderredner Dr. Jerusalem mit den städtischen Behörden zu Halle a. d. Saale behufs Uebernahme des Halle'schen Tageblattes abgeschlossen hat. Herr Dr. Jerusalem hat sich in dem Vertrage verpflichtet, ohne Genehmigung des Magistrats weder das Format des Blattes zu verkleinern, noch dessen Inhalt zu beschränken. In politischer Hinsicht darf das Blatt extreme Parteibestrebungen nicht vertreten, mögen dieselben eine radikale bezw. demokratische oder rückschrittlich-absolutistische Richtung haben. Eine entsprechende Haltung ist bei Besprechung kirchlicher Fragen zu beobachten. In Besprechung der kommunalen Angelegenheiten der Stadt Halle ist das Blatt „unabhängig“, jedoch sind Einsendungen, welche eine gegen beide oder eine der städtischen Behörden, die Polizeiverwaltung oder die den städtischen Behörden nachgeordneten Dienststellen feindliche Haltung „unverlehnbar“ zur Schau tragen, zurückzuweisen. Ein Antrag, die letzteren Bestimmungen des Vertrages zu streichen, weil dieselben nach allen Seiten außerordentlich

dehnbar seien, und deshalb das Blatt von vornherein in eine kaum zulässige Abhängigkeit vom Magistrat bringen müßten, wurde abgelehnt. Dasselbe war der Fall bezüglich des Kontrollrechtes, welches dem Magistrat in politischer Beziehung eingeräumt ist. — Und das Alles wegen einer jährlichen Inserateneinnahme aus dem Stadtsäckel in der Höhe von 1500 Mk.! Billiger kann man sich nicht gut verkaufen.

— Die deutsche „Schutztruppe“ in Ostafrika hat eine furchtbare Niederlage erlitten. Ein Telegramm des „Berl. Tagebl.“ schildert die Sache folgendermaßen:

Das Expeditionskorps des Premier-Lieutenant Jelewski ist total aufgerieben. Vermuthlich sind zehn Europäer und 300 Schwarze todt, 300 Maschinengewehre, zwei Kanonen und zwei Maxim-Geschütze, sowie alle Munition sind dem Feind in die Hände gefallen. Vier Europäer und 60 Schwarze haben sich nach Kondo geflüchtet. Die Station Nywaywa und die Karawanen-Strasse dorthin ist gefährdet. Da es vorläufig unmöglich scheint, eine größere Expedition gegen die Wabebe auszusenden, ist die Situation kritisch.

Diese Wilden, die sich gar nicht „zivilisiren“ lassen wollen, noch nicht einmal von preussischen Lieutenants!

Natürlich ist jetzt die Folge, daß der deutsche Reichsbürger wieder seinen Beutel ziehen muß, damit zur „Wahrung der nationalen Ehre“ eine stärkere Truppe abgeschickt werden kann.

— Der Zar — irrsinnig. In London ist eine merkwürdige Broschüre erschienen, welche den Titel führt: „Der Zar — irrsinnig. Enthüllungen aus dem Privatleben des russischen Kaisers von einem eingeweihten Russen.“ Der unbekannte Verfasser sucht den Nachweis zu liefern, daß Zar Alexander III. für die Gräuelt, die in seinem Namen verübt werden, nicht verantwortlich sei, weil der — Wahnsinn seinen Geist in Nacht gehüllt habe. Der Autor behauptet, dieser Wahnsinn sei von der Umgebung und den Berathern des Zars seit dem gräßlichen Ende Alexanders II. systematisch großgezüchtet worden.

Es ist bekannt, heißt es da, daß dem Zar Zeitungen in die Hand gespielt wurden und noch werden, welche unter der Regide seiner Jagos hergestellt und voll der schreiendsten Fälschungen dazu angethan waren, den letzten Funken von Menschenliebe in seinem zerstückten Herzen zu erlöchen. Man weiß in Petersburg, daß in den ersten Regierungswochen der Monarch in seinen Noctaschen, unter seinem Kopfschütteln, unter dem Frühstück-Service gedruckte Todesurtheile des Exekutivkomitees der Nihilisten vorfand, in einer Sprache abgefaßt, welche ihm das Blut erstarren machte und ihn schier zur Raserei trieb. Alle Welt, den Zar eingeschlossen, wunderte sich, wie trotz der größten Wachsamkeit der Verrath Zutritt habe bis in die entlegensten Winkel des Satschina-Palastes. Er befahl, die Schritte zu verschärfen, die Wachsamkeit zu erhöhen, den Eifer zu verzehnfachen. . . Die Lösung dieses Räthsel's ist die einfachste, die man sich denken kann. Ignatieffs war n die Sendboten, Ignatieffs die Verfasser der Urkunden. Daß Giftespritzungen, in solchen Dosen gereicht, auch die stärkste moralische Konstitution zu Grunde richten müssen, ist klar. Sie stiegen dem Zar in das Gehirn und trübten seine einst so klare Vernunft. Im Zusammenhang mit diesem traurigen Umstande steht die Thatsache, daß im September 1883 der damalige Oberpolizeimeister Butterlin von Warschau in vorgerückter Abendstunde in das Zimmer des berühmten Warschauer Professors Chalubinsky eintrat und ihm, auf Grund eines Telegramms der kaiserlichen Kabinetkanzlei, den Auftrag ertheilte, sich ungeföhnt und unter Beobachtung größter Heimlichkeit nach Petersburg zu begeben. Der Zweck dieser Reise konnte für die Dauer nicht geheim bleiben, wiewohl Chalubinsky sein Möglichstes dazu that. Man erfuhr, daß man sein sachmännisches Urtheil über den Geisteszustand Alexanders III. vernehmen wollte. Wie es damit ausfiel, geht daraus hervor, daß durch sechs Monate nach jener Zeit dem Zar die völlige Enthaltung von den Regierungsgeschäften aufs strengste anbefohlen war. Die Diplomaten fremder Mächte, die der-

zeit von der Kaiserin in Stellvertretung des leidenden Gemahls empfangen wurden, werden nun, wenn es ihnen nicht schon früher bekannt war, den Grund des Leidens wissen.

Wir wollen keineswegs behaupten — heißt es an anderer Stelle —, daß eine vollständige Geistesnacht jede Vernunftregung des russischen Kaisers ersticht, daß er ganz und gar die Herrschaft und die Kontrolle über seine Gedanken verlor; nein, aber, eine vollständige Veränderung seines Wesens, ein Wesen, das in gar keiner Beziehung steht mit dem einstigen Thronfolger, war die Folge jener giftigen Einflüsse, die auf ihn zum Nachteil seines unglücklichen Volkes und zum Schrecken der zivilisierten Welt ausgeübt zu haben, die unsterbliche Schande seiner Ignatieffs ist. Diese Veränderung tritt grell hervor in der unbändigen Lebensweise des in nervösen Schreden und in lähmender Furcht lebenden Einsiedlers von Gatschina. So weit hat das Seelenzerstörungswerk seiner Kreaturen gewüthet, daß er, um die bösen Geister zu verschrecken, die seinen Schlaf und seine Ruhe raubten, zu Betäubungstränken Zuflucht genommen, deren Genuß in übermäßigen Quantitäten das seine beiträgt, den letzten Rest seiner Geisteskraft zu vernichten. Bald schreitet er, den Blick zu Boden gesenkt, langsamen Schrittes durch die Flucht seiner Gemächer; bald eilt er im Lauffschritt von einem Raum in den anderen, in den Garten, und zurückkehrend rollen dem kraftlos Zusammenstürzenden die Schweißtropfen von der Stirne. Dann wieder — wir sprechen von Thatsachen — liegt er stundenlang auf dem Boden seines Arbeitszimmers und starrt mit dem Blicke des Wahnsinns ins Leere, bis ein Furchtgedanke ihn jäh anspricht. Er läutet seine Garde, seine Dienerschaft zusammen, und wenn diese fragenden Blickes sich um ihn verjammeln, seine Bestimmung langsam wieder zurückkehrt, dann heißt er sie mit einer Hand wieder gehen und in den Armen seiner nicht minder unglücklichen Gattin verbirgt er das Haupt.

Für Alexander III. ist keine Rettung. Sein Wahnsinn wird mit allen Mitteln der Schurkerei und nach unfehlbarer Methode gehegt und gepflegt. Er wird eines Tages in Lohsucht ausarten. Dann werden die Zeiten jener des Schrecklichen wiederkehren, und das russische Volk wird bluten, wie jetzt die Juden dieses Staates. Die Folgen dieser Zustände sind unabsehbar, so wie ihre Dauer nicht festzusetzen ist. Eines Tages jedoch — und vielleicht ist er nicht fern — wird das Volk aus seinem unruhigen Schlaf erwachen. Es wird ein fürchterliches Erwachen sein!

— Sogar Spanien wird nächstens eine Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen von Arbeitern einführen. Eine von der Kommission der Cortes entworfene Vorlage bestimmt nämlich folgendes: Für jeden beim Betriebe einem Arbeiter zugefügten Unfall ist der betreffende Unternehmer verantwortlich. Ist der betreffende Gewerbebetrieb der Unfallversicherung unterstellt, so muß aus dieser die Entschädigung für den Unternehmer geleistet werden. Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit bekommt der Verletzte seinen vollen Lohn bis 8 Tage nach der Heilung. Ist die Erwerbsunfähigkeit von langer Dauer, so bekommt der Verletzte seinen vollen Arbeitslohn für 300—800 Arbeitstage; tritt dauernde Erwerbsunfähigkeit ein, so wird der Arbeitslohn für 600—1000 Arbeitstage ausbezahlt. Stirbt der Verletzte infolge des Unfalls, so erhalten die Hinterbliebenen den Arbeitslohn für 400—1000 Arbeitstage. Arzt- und Medicinkosten müssen dem Verletzten stets ersetzt werden.

Soziales aus Oesterreich.

I.

K. Den Stolz der offiziellen Sozialreform in Oesterreich ist die Kranken- und Unfallversicherung. Freilich behaupten böse Zungen — und sie gehören meist den vermaldeiten Sozialdemokraten an — daß dieser Stolz auf demselben Holze wachse, auf dem die mangelnde Einsicht in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klasse emporklämpt. All das geniert die Regierung selbstredend nicht im geringsten und sie fährt fort, das Pferd beim Schwefel aufzuführen oder, um ein noch drastischeres Bild zu gebrauchen, sie macht es so, wie der „gemüthliche“ id est dumme Wiener, der die Quelle der Donau mit seinen Händen bedeckt und dann seelenvergnügt aufrief: „Jetzt werden meine Landsleute schau'n, wenn die Donau ausbleibt!“

Mit dem bishigen Arbeiterversicherung glaubt die Regierung, den mächtigen Strom der sozialen Noth auffangen zu können. Und unter dieser heuchlerischen und billigen Fürsorge für den kranken Arbeiter — der Staat trägt nämlich gar nichts bei — leidet der Schmerz des gesunden Arbeiters. Freilich läßt auch die Fürsorge für den kranken Arbeiter derart viel zu wünschen übrig, daß man thatsächlich nicht weiß, wo man früher anfangen soll, Verbesserungen einzuführen. Einer der wundensten Punkte ist der jämmerliche Zustand unserer Sozialstatistik, ein Uebel, das sich besonders bei den parlamentarischen Verhandlungen über das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz unangenehm fühlbar machte. Um eine halbwegs positive Basis für die zu schaffenden Gesetze herzustellen, mußte die österreichische Regierung bei dem Auslande eine Anleihe machen und fremdes statistisches Material heranziehen, dessen Qualität und Anwendbarkeit für österreichische Verhältnisse ziemlich fraglich war. Wie die Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes ergibt, bedarf der zahlenmäßige Untergrund einer durchgreifenden Veränderung; etwas günstiger gestaltet sich die Sache beim Unfallversicherungsgesetz. Rummelt man die österreichische Regierung die Verhältnisse vieler Jahrzehnte mit Sturmseele einzuholen. Die Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten müssen herhalten, das herbeizuführen, was die Regierung schon längst hätte besorgen sollen. Es stellt sich aber nach den ersten sehr stumperhaften Versuchen heraus, daß auch die auf solche Weise geschaffene Statistik nicht genügende Garantie bietet, um auf Grund derselben ein ziffermäßiges Abbild der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung herstellen zu können. Da der Staat selbst nichts leisten will und gerne ernten möchte, ohne zu säen, so erklärt es sich, wenn das Unternehmertum, das doch sicherlich bei der Sozialstatistik hervorragend interessiert, die günstige Gelegenheit

benützt, um seinerseits ein statistisches Bild der wirtschaftlichen Lage zu entwerfen, das die Wirklichkeit offenbar nur insoweit entspricht, als es — entsprechen darf. Dieser sicherlich berechtigte Gesichtspunkt ist bei der Beurteilung der von der Reichsberger Handels- und Gewerbekammer publizierten „Nordböhmischen Arbeiterstatistik“ zu beachten, womit übrigens nicht die geringste Verächtlichkeit ausgesprochen werden soll. Das Kapital muß ja naturgemäß die Dinge in einem anderen Lichte erblicken, als die Vertreter des Proletariats oder der unabhängige sozialpolitische Theoretiker. Es sind daher solche Publikationen, wie die der Reichsberger Handelskammer immerhin dankenswerth, und es wird nur der Arbeit von Privatgelehrten und sonstigen nach oben und unten hin freien Forschern bedürfen, um die notwendige Korrektur für die in der Natur der Sache gelegene Subjektivität der vom Unternehmertum geleiteten Statistiken zu finden. Hat das Unternehmertum die Tendenz, die wirtschaftlichen Zustände, so weit sie sich ziffermäßig darstellen lassen, möglichst günstig darzustellen, so ist als Remedium dagegen nur die Ursache aufzudecken, der diese schönfärbende Tendenz entspringt.

Das Motiv in vorliegendem Falle ist folgendes: Durch das Krankenversicherungsgesetz wurde von Amtswegen eine Berechnung vorgenommen, welche die „bezirksüblichen“ Tagelöhne ermittelte; dieser „bezirksübliche“ Lohn ist zwar als Versicherungs-technischer Behelf notwendig, entspricht aber keineswegs dem durchschnittlichen oder mittleren Tagelohn des betreffenden Bezirkes. Der amtlich fixirte Tagelohn ist durchwegs niedriger, um eben die Prämien und damit auch Krankenunterstützungen möglichst niedrig halten zu können.

Nach der Berechnung der Kammer stellt sich z. B. der mittlere Lohnsatz für die zu Reichenberg gehörigen Bezirke auf fl. 0,94 für männliche und auf fl. 0,56 für weibliche Arbeiter; der durch die politischen Behörden ermittelte bezirksübliche Lohn für männliche Arbeiter auf fl. 0,66, für Vorarbeiter auf fl. 0,97 und für weibliche auf fl. 0,65.

Man sieht: Der Staat drückt die Lohnsätze herab, um die Arbeiter durch die hohen Krankengelder nicht zu äppig werden zu lassen; das Unternehmertum schämt sich aber dieser staatlichen Lohnsummen und läßt stattdessen aufmarschieren.

Ähnlich verhält sich die Sache bei der Unfallversicherung, bei der das Unternehmertum eher Neigung hat, niedrigere Löhne anzugeben, da es dann auch weniger zu leisten hat, während die Krankenversicherung zu zwei Dritteln von den Arbeitern getragen wird.

Von diesen Erwägungen aus ist, wie gesagt, der von der Reichsberger Handels- und Gewerbekammer unternommene Versuch zu betrachten, „eine allen Anforderungen der Wissenschaft und sozialpolitischen Praxis entsprechende Arbeiterstatistik“ zu schaffen.

Es wurden zu diesem Zwecke über 2000 Betriebsfragebogen und ca. eine Viertel-Million Arbeiter-Zählkarten ausgegeben, wovon 1300 beziehungsweise 105 000 ausgefüllt zurückkamen.

Die vorliegende Publikation zeigt nun die Gestaltung der Lohnverhältnisse bei zunehmendem Alter, die Vor- und Nachteile des Stills- und Zeitlohnes, die Sebstständigkeit und Freizügigkeit des Arbeiters u.

Die Verfasser verwarfen sich natürlich im Voraus gegen den sicheren Mißbrauch dieser Publikation als Waffe im Kampfe der sozialwissenschaftlichen und politischen Parteien, insbesondere dagegen, daß einzelne abnorme Lohnsätze herausgegriffen und generalisirt, d. h. für das ganze Industriegebiet als maßgebend hingestellt werden.

Die Betrachtung der thatsächlichen Arbeiterverhältnisse zeigt uns neben manchen Lichtseiten auch viele düstere Schattenseiten, sagen die Verfasser — mit Recht; und ebenso Recht haben sie auch mit der Behauptung, daß die seitens mancher Industriellen gedauerte Abneigung gegen die Veröffentlichung lohnstatistischer Daten, als zur Vergleichen und Unzufriedenheit herausfordernd, Verächtlichmachung verdient.

Vollends deutlich wird die Tendenz der heroischen That unserer nordböhmischen Schlorzjunker und Kottonlords in folgenden Sätzen zum Ausdruck gebracht, die wir, um die Würdigung der Heldenhaflichkeit zu erleichtern, hierherzehen müssen:

„Der Schaden heilen will, darf nicht davor zurückschrecken, sie zu beleuchten, genau zu prüfen und das Krankheitsbild, wie das Heilverfahren mit Fachgenossen zu erörtern. Die medizinische Wissenschaft kann auf die Veröffentlichung von Werken, welche die Entwicklung des Krankheitsprozesses darstellen, nicht verzichten — auf die Gefahr hin, daß das Buch in den unrechten Händen aus einem Gefunden einen eingebilbeten Kranken mache.“

Ebenso wenig kann die Sozialwissenschaft, die sich die Heilung der Schäden am sozialen Körper zur Aufgabe stellt, die Aufdeckung und öffentliche Beipredung der thatsächlichen sozialen Verhältnisse und Krankheitserscheinungen entbehren, auch wenn dadurch der Eine oder Andere zum Bewußtsein einer thatsächlich vorhandenen oder zur Einbildung einer nicht bestehenden unangünstigen sozialen Lage veranlaßt würde — obgleich, wie nicht geleugnet werden kann, auf dem Gebiete der sozialen Frage das Dilettanten-, Halbwisser- und Kurpfuschertum noch viel zahlreicher und gefährlicher ist, als bei der gesammten Heilkunde.“

Veitres ist, da es sich nur auf die die Vertreter des Monarchietums und der Vulgäroekonomie Bezug haben kann, ohne Weiteres zuzugeben. Die Verwahrung gegen mißbräuchliche Verwertung des statistischen Materials durch die Presselataien des Unternehmertums scheint uns gleichfalls wohl angebracht. Wir selbst begnügen uns, einige besonders interessante Daten aus der den Schluß bildenden „Uebersichtstabelle für sämtliche Gruppen“ anzuführen, wobei wir an unsere Warnung erinnern, daß diese Ergebnisse der von einer Unternehmertorporation inszenirten statistischen Untersuchung naturgemäß mit Vorsicht aufzunehmen seien. Der Reichsberger Bezirk ist einer der industriereichsten Oesterreichs und wurde deshalb schon früher häufig von Privatforschern aufgesucht, deren zwei — der Prager Professor Bröß und der Wiener Dozent Singer — äußerst interessante und werthvolle Monographien über die sozialen Zustände des nordböhmischen Böhmens veröffentlichten, auf die hiermit behufs Vergleichung hingewiesen sei.

Von den 102 201 bearbeiteten Arbeiter-Jahrbüchern enthalten bloß 90 824 genaue Lohnangaben, und zwar für 57 867 Männer und 41 957 Arbeiterinnen, unter denen sich 8095 jugendliche Hilfsarbeiter — 3978 männliche und 4117 weibliche — befinden. Von sämtlichen Arbeitern männlichen Geschlechts stehen 23 pCt. im Alter unter 21 Jahren, von den Arbeiterinnen 40 pCt. Die weibliche Arbeitskraft ist nur in der Jugend reichlich und daher auch billig zu haben, sie macht der männlichen erfolgreich Konkurrenz in einem Alter, da diese noch nicht beirathsfähig ist. Vom 20. Lebensjahre an nimmt die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte rasch ab; doch gewinnen die männlichen Arbeiter erst vom 26. Lebensjahre das entscheidende Uebergewicht, während die vorhergehende Altersstufe — offenbar wegen des in diese Zeit fallenden Militärdienstes — verhältnismäßig schwach besetzt ist. Der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt für die Arbeiter des Reichsberger Kammerbezirks ohne Unterschied des Alters und Geschlechts fl. 4,96, der Tagelohn demnach 83 kr. Der Wochenverdienst eines männlichen Arbeiters wurde mit fl. 5,92, der eines erwachsenen allein mit fl. 6,13 berechnet; bezugleichend der durchschnittliche Wochenlohn der weiblichen Arbeiter mit fl. 3,63, beziehungsweise der erwachsenen mit fl. 3,72.

Während bei den Männern — 59 pCt. — der feste Zeitlohn vorherrscht, ist das Verhältnis bei den weiblichen Arbeitskräften ein umgekehrtes. 66 pCt. derselben arbeiten im Stillslohn. Damit im Zusammenhang steht wohl auch die Thatsache, daß sich der Akkorlohn bei den Arbeiterinnen und den Männern höher stellt als der feste Zeitlohn, und zwar bei ersteren um 17 pCt., bei den letzteren nur um 4 pCt.

Der Krieg und die Sozialdemokratie.

Ueber dieses Thema haben wir schon in voriger Nummer einen Artikel eines sehr nahestehenden Mitarbeiters gebracht; wenn wir von Neuem darauf zurückkommen, so geschieht es, um in dieser so wichtigen Frage noch einmal die Hauptfragen hervorzuheben. Wenn wir auch die Ansicht des Genossen Nieuwenhuis, von dem wir in der nächsten Nummer einen Artikel über die Frage bringen werden, in diesem Punkt nicht theilen, so halten wir sie doch jedenfalls für diskutierbar und glauben nicht, daß sie mit bloßen Grobheiten widerlegt werden kann, die wir überhaupt für wenig geeignet halten, zu überzeugen; gerade in einer demokratischen Partei sollten nach unserer Meinung die Diskussionsformen die nobelsten sein; denn wir halten die Demokratie für eine Gesellschaftsform, welche den Dissidenten nicht niederknüppeln soll, wie es anderweitig geschieht, sondern da in ihr das als vernünftig Erkannte herrschen soll, so hat man das viel humanere Mittel, dem Andern einen Irrthum nachzuweisen und ihn zum Einverständnis zu bringen, indem man ihn überzeugt.

Die Ansicht des Genossen Nieuwenhuis war, daß im Fall eines Krieges die Arbeiter den Gebrauch der Waffen verweigern und außerdem durch eine allgemeine Arbeitseinstellung die gesammte Produktion und damit die Kraft des Staates lahmlegen sollten.

Es fragt sich: ist ein solches Vorgehen den Interessen des Proletariats förderlich, und ist es eventuell unter den vorhandenen Bedingungen möglich?

Wir bestreiten Beides.

Zunächst darf man nicht so ohne Weiteres von „dem Krieg“ in abstracto sprechen, sondern man muß sich ansehen, welcher Art der nächste — denn das kommt eben in Frage — Krieg sein wird. Und da sieht die Sache schon ganz anders aus.

Wir haben es in diesen Blättern schon öfters ausgeführt, daß der nächste Krieg — und wir glauben, er steht vor der Thür — in der Hauptsache zwischen Deutschland und Rußland geführt werden wird. Das ist aber eine ganz andere Sache, wie etwa ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich; denn das bedeutet im Grunde den Kampf zwischen der Sozialdemokratie und dem Zarenthum.

Bekommt das europäische Ausbeutertum keine militärische Hilfe von außen, so wird das Proletariat nothwendig zur Herrschaft kommen, denn die Macht, die ihm gegenübersteht, muß sich auf immer unzuverlässigere Stützen verlassen, während es selbst, je mehr es zum Bewußtsein kommt, immer stärker wird. Die einzige Hilfe, die es haben kann, ist Rußland mit seinem unentwickelten Volk, welches die geeignete Soldateska liefert, um das europäische Proletariat niederzuhalten. Einerlei, auf welche Weise das geschieht: so, daß man Rußland als Bundesgenossen nimmt und die Kosaken verwendet, wie 1849 in Ungarn; oder daß man in einem Krieg gegen Rußland unterliegt und — in verhüllter Form — von Rußland unterworfen wird, wobei man dann vorkommenden Falls seines Schutzes sicher ist.

Es ist ein Glück für uns, daß die Eventualität des Krieges die wahrscheinlichere ist; wie gesagt, der Krieg steht vor der Thür. Und so hat das Proletariat nicht allein gegen Rußland zu kämpfen, sondern es kämpft in Gemeinschaft mit allen Mächten des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft. Da die Heeresfolge verweigern, wäre also ein Schnitt ins eigene Fleisch, das hieße, sich einfach mit gebundenen Händen dem Henker ausliefern. Im Gegentheil, das Proletariat muß alle Kräfte aufwenden, damit Rußland besiegt wird; eine chauvinistische Reaktion, wie nach 1871, ist nicht zu fürchten; im Gegentheil, der Kampf wird die bestehenden Gewalten so angestrengt haben, daß das Proletariat seine Position sehr verstärken kann.

Ganz anders ist die Sache allerdings, wenn es sich um den Krieg mit Staaten handelt, die auf gleicher Entwicklungsstufe mit uns stehen, und wo der einzige Effekt wäre, daß das Proletariat sich gegenseitig zur Aber läßt, um wehrlos der folgenden Reaktion zum Opfer zu fallen und der russischen Welt Herrschaft den Weg zu ebnen; denn der dienen ja doch im letzten Grunde diese indianerhaften Streitigkeiten Europas.

Das würde etwa der Fall sein, wenn sich Frankreich mit Rußland verbände und nun die Soldaten des Dreibundes — falls er überhaupt aktionsfähig sein sollte — nicht nur den Kosaken, sondern auch den französischen Proletariern gegenüberständen.

Der allgemeine Streik wäre da unmöglich, weil das uns auch aktionsunmöglich gegen Rußland machte; mit dem grève militaire gegenüber Frankreich ließe sich aber — wenn er eben möglich ist — etwas ausrichten. Mit einiger lähner Phantasie könnte man sich dann eine Verbrüderung der französischen und deutschen Soldaten zum gemeinsamen Krieg gegen den im Grunde gemeinsamen russischen Feind ausmalen.

Aber das ist eben eine unmögliche Sache.

Wir kennen die französischen Verhältnisse nicht genügend, ob sich der Plan bei den französischen Soldaten ausführen ließe. Bei den deutschen ist er jedenfalls

gänzlich ausgeschlossen. Wir haben zwar von allen Parteien den stärksten Anhang im Volke, und man sollte meinen, deshalb müßte auch im Heere eine außerordentlich große Zahl Sozialdemokraten stecken. Allein erstens rekrutirt sich das Heer verhältnismäßig mehr aus der konservativen Landbevölkerung, als aus der sozialdemokratischen Industriebevölkerung; zweitens aber tritt in den Gefinnungen von neun Zehnteln der Leute, welche für uns wählen, eine Aenderung ein, so lange sie im bunten Noth stecken. Der soldatische Geist ist eine nicht zu unterschätzende Macht. Ja, wenn alle sozialdemokratischen Wähler zielbewußte und energische Sozialdemokraten wären; wenn alle Leute im Stande wären, sich von dem Geist der Umwelt frei zu halten und also den soldatischen Geist nicht auf sich wirken zu lassen und wenn alle Leute den Muth hätten, ihre Ueberzeugungen auch praktisch zu machen.

Der einzige Erfolg wäre, daß einzelne besonders tüchtige Genossen, die den Muth hätten, ihre Absicht durchzuführen, erschossen würden, daß in einigen Kompagnien vielleicht Tumulte vorlämen, die gleichfalls auf die probate militärische Manier beigelegt würden — und das wäre eben alles.

Aber was sollen wir denn nun thun?

In der angenommenen Resolution wird darüber nichts gesagt, und wir stimmen da mit Nieuwenhuis vollkommen überein, daß das etwas wenig ist. Daß die Kriege erst aufhören, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt ist, halten wir zwar für sehr richtig, aber wir glauben, daß das schon Jeder vorher gewußt hat, und daß man deshalb keinen internationalen Kongreß zu besuchen braucht.

Nach unserer Meinung ist die Resolution deshalb von so ungenügender Allgemeinheit, weil die Frage zu allgemein gefaßt war. „Der Krieg“ — ja, darüber läßt sich eben alles sagen, und deshalb läßt sich nichts darüber sagen. Wir glauben nicht, daß es die Aufgabe eines Kongresses sein kann, sich in derartigen Allgemeinheiten zu ergehen. Hätte man einfach gesagt: „der nächste Krieg“. Der geht uns ja doch bloß allein an; was nachher kommt, darüber können wir ja sprechen, wenn es so weit ist.

Nun, und da hätten sich wohl eine ganze Menge positive Resultate ergeben.

Im Interesse des Proletariats liegt es, daß der nächste Krieg Rußland unschädlich macht. Zu dem Zweck hat das Proletariat in allen Ländern alle Mittel aufzuwenden, die es aufwenden kann: erstens Frankreich an einem Bündniß mit Rußland zu verhindern, eventuell zu einem Bündniß mit Deutschland zu bringen, und zweitens England zum Anschluß an die russenfeindlichen Mächte zu bewegen.

Wir verhehlen es uns durchaus nicht, daß der Einfluß des Proletariats auf derartige Haupt- und Staatsaktionen nur sehr schwach ist. Aber geschickt angewendet, kann es doch etwas erreichen.

Daß sich die deutsche Regierung die Sache überlegen wird, wenn das Proletariat häufiger Sympathie-Kundgebungen für Frankreich macht, glauben wir ganz bestimmt; und daß die französischen Arbeiter in ähnlicher Weise auf ihre Regierung drücken können, ist auch sicher. Jemand eine Grenze hat die Widerstandskraft; und so ganz werthlos ist die Ansicht des Proletariats denn doch nicht — die Soldaten sind eben auch Proletarier; und wenn es auch nicht gerade zum grève militaire kommt, so genügt doch schon, daß sie mit Widerwillen in die Schlacht ziehen, um die Regierenden ihre Ohren ihren Wünschen nicht ganz zu verschließen. Das englische Proletariat aber hat es in der Hand, im Kriegsfall durch Streiks eine Pression auf ihre herrschende Klasse auszuüben. Wie gesagt, viel ist das ja nicht; aber es ist das Einzige, was wir thun können.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden im Programmwurf.

Ein Beitrag zu seiner Kritik.

II.

H. M. In unserem ersten Artikel führten wir den Nachweis, daß die Forderung des Programmwurfs: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes“ sowohl vom praktischen wie prinzipiellen Standpunkte beurtheilt, durchaus unzulänglich sei und als ein verfehlter Kompromiß Niemanden befriedigen könne.

Die Frage ist nun, was wir an die Stelle jener unhaltbaren Forderung setzen sollen?

Die Programme der französischen, österreichischen, schweizerischen und amerikanischen Sozialdemokraten (andere sind uns im Augenblick nicht zur Hand) machen sich die Sache in diesem Punkte bequem; sie gehen mit Stillschweigen darüber hinweg. Von ihnen also können wir uns keinen Rath holen und nichts Neues lernen.

Da fragen wir uns denn zunächst: sollen wir die Forderung des alten Gothaer Programms „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk!“ in das Neue hinübernehmen?

In seiner Kritik des Parteiprogramms auf dem Hallenser Kongreß wußte Liebknecht gegen diesen Satz nichts anderes zu sagen, als daß er „Zukunftsmusik im verwegenern Sinne des Wortes“ sei.

Uns will es bedünken, daß das kein besonders gewichtiger Vorwurf für eine sozialdemokratische Programm-

forderung ist. Wenn man nichts anderes gegen sie sagen konnte, so könnte man sie getrost in das neue Programm hinübernehmen, denn alle Forderungen des letzteren sind doch ohne Ausnahme Zukunftsmusik!

Was nun den Einwand betrifft, der, gestützt auf den Stand der modernen Kriegstechnik, die Nothwendigkeit einer schnellen Entscheidung geltend macht,* so würden wir es begreifen, wenn er von einem Gegner der Sozialdemokratie und einem Freund des Militarismus erhoben würde. Unbegreiflich aber ist es uns, daß ihn ein Sozialdemokrat und ein Gegner des Militarismus, daß ihn ein Bebel erheben kann!

Stellt man sich auf den Standpunkt des modernen Militarismus, so ist jener Einwand durchaus richtig und zutreffend. Für einen General, der den Krieg als eine Nothwendigkeit, wenn nicht gar als eine Wohlthat ansieht, und der die stehenden Heere erhalten will, ist die Logik Bebel's zwingend. Ein Mensch mit solchen Ansichten kann nicht anders, als die Forderung: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ als unzweckmäßig und utopisch verwerfen. Ein Sozialdemokrat aber steht doch nicht auf dem Standpunkte eines Generals, sondern auf einem gerade entgegengesetzten, er will die stehenden Heere abschaffen, nicht erhalten, den Krieg unmöglich machen, nicht ihn herbeiführen. Er muß auch bei der Beurtheilung von Forderungen von seinen Prinzipien ausgehen, nicht von denen des Generals. Dabei ist es vollkommen gleichgültig, daß die Prinzipien des Generals Fleisch und Blut angenommen haben, in der Wirklichkeit herrschen, während die des Sozialdemokraten nur erst in seinem Kopfe existiren. Die Forderungen der Sozialdemokratie dürfen nicht nach der Wirklichkeit beurtheilt werden; wollte man das, so müßten wir sie sämmtlich verwerfen, denn sie stimmen nicht mit ihr überein, sie alle sind in der heute bestehenden Gesellschaftsordnung thatsächlich unmöglich. Den Maßstab für die Beurtheilung unserer Forderungen bilden unsere Prinzipien, deren Realität wir in Gedanken voraussetzen müssen. Lassen sich mit diesen unsere Forderungen vereinigen, dann sind sie für uns zulässig, dann dürfen wir sie erheben; aber stimmen sie mit diesen nicht überein, so müssen wir sie verwerfen. Es wäre noch schöner, wenn wir die bürgerliche Gesellschaftsordnung mit ihren Gebrechen und Auswüchsen zum Maßstab unserer Forderungen machten, dieselbe Gesellschaftsordnung, die wir beseitigen wollen. In diesem größten aller Fehler verfällt aber Bebel, indem er den Grund gegen eine sozialdemokratische Forderung dem Militarismus entnimmt, demselben Militarismus, den er verwirft, bekämpft, beseitigen will!

Das macht doch gerade den Sozialdemokraten aus, daß er die Welt nach sozialistischen Grundsätzen beurtheilt und umzugestalten strebt. Das giebt ihm das Recht, macht es ihm aber auch zur Pflicht, bei seinen Bestrebungen nichts mit in den Kauf zu nehmen, was diesen Grundsätzen zuwider läuft. Er soll und darf sich, wo es sich um prinzipielle Programmforderungen handelt, „der Wirklichkeit“ nicht anpassen; thäte er das, so wäre er kein Revolutionär mehr, sondern nur ein armseliger Reformist!

Ist es aber etwas anderes, als ein Anpassen an die „Wirklichkeit“, wenn Bebel aus den von ihm angeführten Gründen nicht mehr das Volk über Krieg und Frieden entscheiden lassen will, sondern seine Vertreter?

Wir halten nach dem Gesagten die Bebel'sche Kritik der alten Forderung: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, nicht nur für vollkommen verkehrt, sondern auch für unsozialistisch.

Damit wollen wir uns aber durchaus nicht zu ihrem Vertheidiger aufgeworfen haben. Auch wir sind gegen die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, aber aus ganz anderen Gründen, als Bebel, Liebknecht und die übrigen Verfasser des Programmwurfs.

Sie scheint auf den ersten Blick recht unschuldig, bieder und demokratisch, hat aber trotzdem eine ganz bedenkliche Seite. Wenn wir die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk verlangen, so gestehen wir diesem damit das Recht zu, ein anderes Volk beliebig anzugreifen. Wir proklamiren es gleichsam als ein Souveränitätsrecht des Volkes, zu den Waffen zu greifen, wenn es ihm gefällt, und zum Krieg auszugehen. Denn darf das Volk überhaupt zwischen Krieg und Frieden wählen, so hat es doch ein Recht zum Krieg. Wir stellen uns damit auf den Boden des heutigen Völkerrechts, ja

*) Bebel äußerte sich in seiner Rede über den Programmwurf am 16. Juli d. J., die er in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt, über die in Frage stehende Programmforderung folgendermaßen: „Wir verlangen jetzt „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes“, — während es früher hieß: „durch das Volk“. Das frühere ist falsch. Durch das Volk Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen ist nicht durchführbar. Man denke sich der Sachlage gegenüber, wir gerietten mit einem anderen Volk in Streit, der durch einen Krieg geschlichtet werden müßte. Wollte man da nun erst das ganze Volk über Krieg oder Frieden abstimmen lassen, so würde man es auch erst über die Streitfrage ausklären müssen; das erfordert aber bei einem Volke von 50 Millionen Wochen und Monate, und unterdessen würde der Feind einen bedeutenden Vorsprung gewinnen und das eigene Volk durch seine Abstimmung benachtheiligt sein. Für den Kriegsfall würde man den gewählten Vertretern des Volkes auch wirklich die Vertretung des Volkes einräumen, damit die Regierung wenigstens nicht allein über Krieg und Frieden zu entscheiden hat. Vorläufig hat die Volksvertretung bei Kriegsfragen weiter kein Recht, als die Gelder zu bewilligen.“ (Vgl. „Vorwärts“ Nr. 165 vom 18. Juli 1891.)

gehen eigentlich noch über dasselbe hinaus. Auch das moderne Völkerrecht gesteht jedem souveränen Staate das Recht auf Krieg (das jus armorum, wie Hugo Grotius es nannte) zu; aber es knüpft dieses Recht noch an gewisse Bedingungen. Danach darf jeder souveräne Staat nur dann zu den Waffen greifen und Krieg erklären, wenn es sich um Vergeltung erlittener (thatsächlicher oder vermeintlicher) Rechtsverletzungen oder um Abwehr widerrechtlicher, gewaltfamer Angriffe seitens eines anderen souveränen Staates handelt. Das Völkerrecht findet also nur Vertheidigungskrieg für rechtlich zulässig, während in der Formel „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ die rechtliche Verantwortlichkeit von Angriffskriegen zum mindesten nicht ausgesprochen ist, und sie jedenfalls so gedeutet und ausgelegt werden könnte, als seien Angriffskriege nach ihr erlaubt.

Wir wollen gerne zugestehen, daß die ganze Unterscheidung von Angriffs- und Vertheidigungskriegen so gut wie gar keine praktische Bedeutung hat. Da die Staaten in internationalen Rechtsstreitigkeiten thatsächlich noch — wenn auch nicht mehr moralisch — ihre eigenen Richter und Kläger sind, so wird jeder von ihnen gegebenen Falles den unternommenen Krieg als einen ihm durch Beleidigungen, Drohungen oder Rechtsverletzungen aufgebrungenen Vertheidigungskrieg hinstellen.

Genug, wir wollen nur konstatiren, daß sowohl nach den Anschauungen des Völkerrechts als auch nach dem Satz „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ ein Krieg überhaupt rechtlich als zulässig zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten unter Völkern angesehen werden muß!

Wir proklamiren damit das Recht der brutalen Selbsthilfe als Entscheidungsmittel bei internationalen Händeln, heiligen den Krieg in unserem Programm!

Dürfen und können wir das als Sozialisten? Läßt sich das Recht auf Krieg mit den Rechtsanschauungen vereinigen, die wir über Beziehungen der Völker zu einander haben?

Wir glauben nicht; im Gegentheil sind wir der Meinung, daß die Sozialdemokratie den Völkern das Recht auf Krieg absprechen muß.

Wir denken nicht daran, diesen Satz in der Art der alten Naturrechtslehrer zu begründen. Der Sozialismus erkennt seiner materialistischen Geschichtsauffassung gemäß ein „Naturrecht“ nicht mehr an. Wir betrachten das Recht nicht als logische, sondern als eine historische Kategorie. Nach unserer Anschauung gehen alle Rechtsgrundsätze aus dem ökonomischen Unterbau der jeweils bestehenden Gesellschaft hervor und verschwinden auch wieder mit letzterer. Wenn wir daher oben den Völkern von unserem Standpunkt das Recht auf Krieg glaubten absprechen zu müssen, so geschah es, weil es unserer Ansicht nach mit einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft unvereinbar ist.

Der Beweis für diese Ansicht, die übrigens bei Sozialisten kaum auf Widerspruch stoßen dürfte, ist leicht und schnell geführt. Die sozialistische Organisation der Gesellschaft besteht in der planmäßig geleiteten und zu einem einheitlichen Organismus umgebildeten Wirtschaft der Kulturvölker. Diese erzeugt aber keine Gegenfähigkeit der Interessen, sondern die Interessengemeinschaft. Alle haben ein Interesse daran, Störungen der gemeinsamen Weltwirtschaft zu verhindern und aus dem Wege zu räumen. Ein Krieg*) aber wäre eine solche Störung; er würde nicht nur die Interessen der beiden kriegsführenden Völker, sondern auch diejenigen aller nichtbetheiligten, neutralen Nationen schädigen. Das ermöglicht, ja macht sogar eine friedliche Beilegung und Schlichtung der Streitigkeiten zur unumgänglichen Nothwendigkeit. Sie wird schon von der Macht der Verhältnisse erzwungen. Die Gewährung des Rechts auf Krieg in der sozialistischen Gesellschaft wäre einfach Selbstmord.

Wenn aber das der Fall ist, so müssen wir auch im Programm unserer Partei den Krieg prinzipiell verwerfen! Es wäre doch geradezu unfinnig, darin Rechtsprinzipien und Grundsätze aufzustellen und auszusprechen, die mit einer sozialistisch organisirten Gesellschaft unträglich sind. Eine Forderung, die durch und durch unsozialistisch ist, darf in unserem Parteiprogramm nicht stehen! Das ist doch das Mindeste, was man verlangen kann.

Wir können uns also nicht dafür aussprechen, daß der Satz „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ aus dem alten Programm in das neue hinübergenommen wird.

Noch viel weniger aber sind wir dafür, daß man die „gewählten Vertreter des Volkes“ über Krieg und Frieden entscheiden lassen will. Gegen diese Forderung sprechen nicht nur die Gründe, welche wir gegen den Satz des alten Programms geltend gemacht haben, sondern auch noch diejenigen, welche wir im vorigen Artikel darlegten.

Wir gelangen also zur absoluten Verwerfung der beiden Forderungen, welche sich auf die Entscheidung über Krieg und Frieden beziehen.

An ihrer Statt schlagen wir vor:

Abjaffung aller Kriege. Verfassungsmäßige Verpflichtung der Staaten, ihre Streitigkeiten einem internationalen Schiedsgericht zur rechtsverbindlichen Entscheidung zu unterwerfen.

*) Wir sind übrigens der Ansicht, daß es zu Kriegen in der sozialistischen Gesellschaft schon deshalb nicht kommen wird, weil jede Veranlassung zu ihnen fehlen wird. D. B.

Die Begründung dieser Forderung behalten wir uns für einen dritten Artikel vor.

Anm. der Red. Der Einwurf unseres geschätzten Mitarbeiters gegen den von ihm hervorgehobenen Punkt des zweiten Theiles des Programmtextes scheint uns durch die eigenenthümliche zweideutige Stellung dieses Theiles überhaupt verursacht, die aber in der Sache selbst begründet ist. Die hier gestellten Forderungen sollen solche sein, welche uns schon der bestehende Staat gewähren kann; offenbar ist das aber nur bei einem Theil derselben der Fall; die Erfüllung der anderen würde voraussetzen, daß das Proletariat schon ein sehr großes Wort in der Gesetzgebung mitzusprechen hätte; so wird man z. B. schwerlich hoffen können, daß der gegenwärtige Staat seine „himmlischen Gensdarmen“ entläßt, wenn er nicht gezwungen wird. Die Grenze zwischen diesen beiden Theilen ist schwankend, zumal ja theilweise das Proletariat innerhalb der gegebenen gesetzlichen Bedingungen eventuell zu einem gewissen Einflusse gelangen könnte, was ich persönlich allerdings nicht für wahrscheinlich halte. Man könnte demnach diesen zweiten Theil nicht nur als „Forderungen an den heutigen Staat“, sondern auch als „Einige Uebergangsbestimmungen zur sozialistischen Gesellschaft“ bezeichnen. In beiden Fällen könnte das Proletariat nach meiner Meinung, die darin von derjenigen von H. M. abweicht, den Krieg noch nicht verwerfen. Denn wenn auch die Revolution international sein wird, so ist doch durchaus noch nicht gesagt, daß sie alle Nationen umfaßt, und daß nicht den „Bereinigten Staaten von Europa“, um mich so auszudrücken, noch ein reaktionäres Rußland entgegenstehe. „Zukunftsmusik“ ist natürlich das ganze Programm; es giebt aber eine nähere und eine entferntere Zukunft; und m. E. geht der Vorschlag von H. M. nur auf die entfernteste Zukunft.

„Der neue Machtfaktor des 20. Jahrhunderts.“

Das Bürgerthum lebt und stirbt in krampfhaften Anstrengungen, sich selber über diese Thatsache hinwegzutäuschen, daß die nationalen Gegensätze mehr und mehr an realer Bedeutung verlieren, indem sie überwuchert werden in allen Nationen durch den Interessen-Gegensatz und Konflikt der ökonomischen Klassen. Wo immer der Kapitalismus einsetzt und in dem Maße seines Entwicklungsfortschritts, vollzieht sich ebenso in Indien wie in England, in Rußland wie in Frankreich, in China wie in den Vereinigten Staaten ein Scheidungsprozeß: jede solche Nation zerfällt hiermit, sozusagen, in zwei Nationen: Arbeiter und Proletariat einerseits, Kapitalisten und Kapitalbürger andererseits. Wie mit dieser Spaltung der einzelnen Nationen endlich die Gesamtheit der alten Welt sich zerklüftet in zwei ökonomisch-politische Parteien, das kann und will das Bürgerthum nicht sehen. Sind Europas Ueberreste an feudalen Zuständen nicht ausreichend, um den sozialen Kampf der Neuzeit durch nationale Kannegieherei und gelegentlichen Kriegsspektakel zu überdönen, dann muß Asien herhalten, um für den Zweck der Ablenkung von nächstliegenden Interessenfragen einen Beitrag von Diskussionsstoff zu liefern.

Um diesem tiefgefühlten Bedürfnis zu entsprechen, ist von der bürgerlichen Presse soeben eine ziemlich alte Entdeckung „zum so und so vielen Male“ aufgewärmt und neu herausgegeben worden: China, mit seinen ungezählten Millionen Bevölkerung soll für die Zivilisation

— oder was man nun einmal so nennt — Europas und der umliegenden Dörfer, wie Amerika, Australiens u. s. w., die Rolle des Zukunftsnickels übernehmen, welches sich anschießt, „eifrig“ unangenehm und gefährlich zu werden. Und das ist ja eine alte Geschichte: „Wer gerne tanzt, dem ist leicht gepiffen.“ Auch unter unseren Mitmenschen mongolischer Rasse giebt es „große Schweiger“, die jeden passenden oder unpassenden Anlaß wahrnehmen, um sich als große Schwäger hervorzuthun. Einer von jenen schlitzaugigen Rivalen unserer eigenen prominenten Staatsmänner soll nun vor Kurzem eine gar „hoch-ernste, hoch-bedenkliche, hoch-sensationelle“ Rede gehalten haben, die nicht wenigen unserer heutigen Zeitgenossen und der Bourgeoisgesellschaft als höchst zutreffend erscheint. Da soll nun der „Gouverneur der chinesischen Provinz“, in welcher die Stadt Amoy gelegen ist — so heißt es in den vorliegenden Postnachrichten — bei einem von dem dortigen amerikanischen Konsul veranstalteten Bankette einen „Speech“, den Toast: „Der Kaiser von China“, beantwortend, verübt haben, der u. A. Folgendes enthält:

„Es ist schwer für einen Europäer, die volle Bedeutung, welche dieser Toast für einen Chinesen hat, zu begreifen. Sie schließt die Familie, Sprache, Rasse, Nation und Krone ein und umfaßt die Literatur, Gesetze, Sitte und eine Geschichte von 50 Jahrhunderten ein. Nachdem China 5000 Jahre lang seine eigenen Wege des Fortschritts verfolgt hat, ist es jetzt gezwungen, eine Schwankung zu machen und sich längs europäischer Kanäle fortzubewegen. Es eignet Dampfschiffe und Eisenbahnen und der Telegraph erstreckt sich schon nach jeder Provinz. Es hat auch schon Fabriken, Dampfhammer und Eisengießereien, so groß wie jene von Essen, Sheffield und Pittsburg. China lernt jetzt die Erziehungs-Lektion, welche zu lernen Europa es zwingt, die Kunst der Menschentödtung, die Kriegswissenschaft auf Land und Meer. Wehe aber der Welt, wenn der Schüler das Gelehrte selbst verwerthet und anwendet! Mit seiner Schuldenfreiheit, seinen unerschöpflichen Hilfsquellen und seinen fruchtbaren Millionen, mag unser Reich der Bedroher, wenn nicht der Zerstörer des Christenthums werden. Was immer kommen mag, es bedarf keines Prophetenauges, um zu sehen, daß im 20. Jahrhundert an der Spitze der Nationen China im Osten und Amerika im Westen marschiren wird. Wohl mögen wir beten, daß ihre Mission für die Wohlfahrt der Menschheit eine so friedliche und aufrichtige sein möge, wie sie es heute ist.“

Auf diese Auslassungen hin wird von einem so „hoch-“ — nein, tief sinnigen Blatte, wie der „Milwaukee's Herald“, eine gruselige Prophezeiung vom Stapel gelassen: China — „der neue Machtfaktor des 20. Jahrhunderts!“ — China, also? — Das China nach der bisher landläufigen, herkömmlichen Vorstellung? Ist das so? — Aber, wo bleibt denn der Sozialismus, den wir bis dato als den Machtfaktor der Zukunft betrachtet hatten? — Wo bleibt dann die treibende Kraft der materiellen Entwicklung?

Wo das bleibt? — Aber, gerade das ist ja der einzige, wenn auch dem Redner selbst wohl unbewusste Inhalt jener Aeußerung: China ist auf dem besten Wege, kapitalistisch zu werden! Und dieses Kapitalistisch-werden der Zustände eines Landes, das ist, wie unsere Leser wissen, stets und allerwärts verbunden mit der Konsequenz des Entstehens der Proletariatsklasse, die bei Strafe des Untergangs ihrer selbst und der ganzen modernen Kultur-Komödie sozialistisch werden, sozialistisch denken und handeln lernen muß. Jenes Säbelraffeln, das mit einem uns „Barbaren“ nicht ganz fremden Accent von „Gottesfurcht und frommer Sitte“ in der Champagnerpauke des bezopften Würdenträgers den Grundton bildet, das wäre für sich allein schon ein Anzeichen dafür, daß auch da drüben im fernsten Osten eine herrschende Klasse existirt, die durch Ablenkungs-Kunststücke gegenüber unterdrückten und ausgebeuteten Massen ihre Herrschaftsdauer verlängern will.

Ist diese Auffassung eine allzu optimistisch-sozialistische? Nun, gleichzeitig mit der obigen Nachricht finden wir mit Bezug auf die letzte chinesische Post das folgende, nicht uninteressante, wenn auch in der Abfassung bisig kapitalistisch-tendenziöse „Item“:

„Selbst in unserer Zeit der Streiks dürfte ein Palaststreik den Reiz der Neuheit für sich in Anspruch nehmen. Der Schauplatz desselben ist der Heho-Palast, welchen der chinesische Kaiser für seine Mutter hat auführen lassen. Auf Wunsch der hohen Dame wurden in diesem Jahre ausgedehnte Verbesserungen an dem Palast vorgenommen und zu diesem Zwecke nicht weniger als 10000 Arbeiter angestellt. Unter diesen befanden sich 3000 oder noch mehr Holzschnitzer, welche in China von ihrer Wichtigkeit tief durchdrungen und dementsprechend arrogant und anmaßend sind. Als die Arbeit sich ihrem Ende näherte, verlangten die Holzschnitzer im Verein mit den Zimmerleuten höhere Löhne und insinuirten, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, einen Streik. Sie hatten bis dahin Jeder drei Mahlzeiten am Tage und außerdem 2000 Peking „Kasch“ (10 Kasch gleich 5 Pfg.) empfangen; jetzt verlangten sie jedoch 7500 „Kasch“ per Tag. Da ihre Arbeitgeber von dieser Lohnhöhung nichts wissen wollten, so nahmen die Ausstehenden eine sehr drohende Haltung an. Die Polizei war der Menge der Arbeiter gegenüber ohnmächtig und rief chinesisches Militär, Schützen, Garde und Kavallerie herbei, gegen welche die Streikenden nichts zu unternehmen vermochten. Es kam schließlich zu einem Kompromiß, in welchem den Leuten täglich 4000 „Kasch“ oder genau das Doppelte ihres früheren Lohnes zugestanden wurde.“

Nun, wie es sich immerhin in Bezug auf die Einzelheiten dieses Falles verhalten mag, jedenfalls ist der zu Grunde liegende Vorgang ein hübsches Stück von proletarischem Klassenkampf im „Reich der Mitte.“ Und dieser Klassenkampf, das ist der erste Schritt zum wahren „Machtfaktor des 20. Jahrhunderts“: zum Sozialismus. Darum, nichts für ungut, Spießbürgerchen, „Bange machen gilt nicht!“ (New-Yorker Herald.)

Öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises

am Dienstag, den 20. September, Abends 8 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Wahl einer Kommission zum Sammeln der Gelder behufs Deckung der Unkosten der Delegirten, 4. Wahl zweier Mitglieder zur Lokal-Kommission, 5. Erziehung eines Mitgliedes zur Presskommission, 6. Wahl von Revisoren, 7. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Öffentliche sozialdemokratische Versammlung des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises

am Montag, den 28. September, Abends 8¹/₂ Uhr, im „Schützenhauser“, Piniestraße 5.

Tages-Ordnung: 1. „Die Bedeutung des Parteitages in Erfurt.“ 2. Diskussion, 3. Wahl der Delegirten, 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Genossen des 5. Wahlkreises, in dieser Versammlung zu erscheinen und ebenso Ehrenpflicht der Genossen anderer Wahlkreise, fernzubleiben.

Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Große Versammlung

am Mittwoch, den 30. September, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hensel, Brunnenstraße 129.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Bruns, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes und Begehrten.

Die Mitglieder ersuchen wir, bis Ende dieses Monats ihre Beiträge zu entrichten.

Der Vorstand.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Anfangs Oktober ein

Weiß- und Bairischbier-Lokal Kottbuser Damm 2-3, eröffne. — Zimmer mit Piano steht zur Verfügung. Richard Niemetschek.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 27. September, Abends 7 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Eingang: Stallschreiberstraße 43.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht), 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**

Um zahlreiches Besuch bittet Der Einberufer im Auftrag d. Vertrauensmannes.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 20. September cr., Abends 6 Uhr, in „Gratweil's Bierhallen“, Kommandantenstraße 77-79.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Stellung des Vereins zur Fensterfrage, 3. Verschiedene Vereins-Angelegenheiten.

Der Vorstand. NB. Da ein großer Theil unserer Mitglieder mit den Beiträgen im Rückstande ist, ersucht der Vorstand nochmals dringend, dieselben vor der Versammlung zu begleichen.

Fachverein der Tischler.

Am Sonnabend, den 10. Oktober d. J., findet im Konzerthause „Sansonci“, Kottbuserstraße 4a, ein

Vereins-Kränzchen

statt. Billets sind auf allen Zahlstellen des Vereins zum Preise von 50 Pfennig für Herren und 25 Pfennig für Damen zu haben.

Der Vorstand.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Portraits bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.), in Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Shlipnadeln, Manchettenknöpfen, Stöcken und Brochen, en gros, en detail.

B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.

H. Osang, Gesangs- und Charakter-Somiker, Berlin, Mariannenstr. 10,

hält sich sämtlichen Fach- und Vergnügungs-Vereinen Berlins u. Umgegend mit den neuesten zeitgemäßen Couplets u. Vorträgen bei toulanten Bedingungen bestens empfohlen.

Verfasser d. Achtstundentag-Couplets u. d. Arbeiter-Liedes f. Jung u. Alt: „Darauf wird nicht geacht“ und des Liebes auf die Proletariats-Fahne „Für Wahrheit, Brüderlichkeit und Recht“.

Hut-Fabrik

Glückstraße 11,

vis-à-vis der Kreuzkirche.

Wilhelm Böhm.

Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Gr. Lager in Regenschirmen.

Keine Verdingung.

Trinkers Drohung.

Schrecken faßt mich, ungeheurer,
Denn sogar der Schnaps wird theurer,
Daß hinfort der arme Mann
Keinen mehr gemeßen kann.

Doch ich will mich fürchtbar rächen,
Werde nicht den Aufschlag bleichen,
In den Mäßigkeitsverein
Tret' ich auf der Stelle ein.

Künftig nur bei Thee und Wasser,
Werde ich ein Brantweintrinker,
Trinke zu des Junkers Weh
Allerhöchstens noch Kaffee.

Wer erst an den Schnaps gekettet
Und dann plötzlich ward gerettet,
Der wird von den frommen Herr'n
Aufgenommen allzu gern.

Unter Jungfern und Pastören
Kann ich leicht den Schnaps entbehren,
Werde dort ein frommer Mann,
Der's noch zu was bringen kann.

Durch das Lesen von Traktäthen
Werd' ich schächtern wie ein Mäddchen,
Und vielleicht zuguterletzt
Weht ein Goldfisch mir in's Netz.

Doch den frechen Junkerleuten
Wird es bald am Gelde fehlen,
Wenn das Volk in seiner Wuth
Keinen Schnaps mehr trinken thut.

Denn zum Troz den Staatsgefehen
Werde ich das Volk verhehen,
Daß der Junker mag allein
Trinken seinen Brantwein.

Doch bevor ich dieses thue,
Will ich noch einmal in Ruhe
Warnen unser Junkerthum,
Daß es schleunigst löse um.

Hört auf meine Warnungsstimme,
Eh' die That vollbracht, die schlimme,
Eh' ich gänzlich mich geweiht
Der verdammten Mäßigkeit.

(Süddeutscher Postillon.)

Was sollen wir also thun!

Сонъ Графъ Leo Loiskoi. Deutsches von August Scholz.

XI.

Dieser letzte Besuch versetzte meinem Selbstbetrug den Todesstoß. Ich war mir nun vollkommen klar darüber, daß das von mir begonnene Werk nicht nur thöricht, sondern auch unsittlich war. Aber obwohl ich das bereits wußte, glaubte ich doch nicht sogleich die ganze Angelegenheit fallen lassen zu dürfen, und zwar erstens deshalb, weil ich durch meinen Aufsatz, meine Besuche und meine Versprechungen die Erwartungen der Armen rege gemacht hatte, und zweitens deshalb, weil ich, gleichfalls durch meinen Aufsatz und durch meine Gespräche, das Mitgefühl der Wohlthäter hervorgerufen hatte, von denen mir ja viele ihre Unterstützung durch Geld und durch Bemühungen anderer Art zugesagt hatten. Und ich erwartete, daß sich sowohl die einen wie die andern an mich wenden würden, damit ich ihnen nach bestem Wissen und Können Rechenschaft ablegte.

Was zunächst die Nothleidenden und Bedürftigen anlangt, so habe ich über ihr Verhalten das Folgende zu sagen. Ich erhielt über hundert Briefe und Besuche, alle ohne Ausnahme von jenen „verarmten Reichen“, wenn ich mich so ausdrücken darf. Einige von ihnen besuchte ich, andere ließ ich ohne Antwort. Nirgends habe ich nachhaltig geholfen. Die Leute, welche sich an mich wandten, hatten alle einst den privilegierten Kreisen angehört — ich nenne so jene Kreise, deren Mitglieder mehr von anderen empfangen, als sie geben; sie hatten ihre Stellung in jenen Kreisen verloren und wünschten sie wiederum zu erhalten. Der Eine brauchte unumgänglich notwendig zweihundert Rubel, um sein schlechthgehendes Geschäft auf die Beine zu bringen und die begonnene Erziehung seiner Kinder zu beendigen; ein Zweiter wollte ein photographisches Atelier errichten, ein Dritter seine Schulden bezahlen und seine verpfändeten Werthsachen auslösen, ein Vierter brauchte notwendig ein Pianoforte, um sich in der Russl zu vervollkommen und seine Familie durch Ertheilung von Musikstunden zu ernähren. Die meisten gaben keine bestimmte Geldsumme an, sondern baten nur schlechtweg um Hilfe, als es sich jedoch darum handelte, ihre Bedürfnisse festzustellen, da wuchsen diese Bedürfnisse um so höher, je größer die ihnen zugewiesene Unterstützung war, und es war einfach unmöglich, sie voll und ganz zufrieden zu stellen. Ich wiederhole nochmals, daß die Sache vielleicht deshalb eine solche Wendung nahm, weil ich sie falsch angefaßt hatte, aber ich kann eben nur meine Erfahrung dahin aussprechen, daß ich niemanden geholfen habe, so sehr ich auch in einigen Fällen bemüht gewesen bin, dies zu thun.

Was die Mitwirkung der von mir für die Sache gewonnenen Wohlthäter anlangt, so geschah etwas für mich höchst Unerwartetes und Sonderbares. Von allen denjenigen Personen, welche mir eine Geldunterstützung, sogar in festgesetzter Höhe, zugesagt hatten, hat mir keine einzige auch nur einen Rubel zur Vertheilung unter die Armen übergeben. Nach den Versprechungen, die mir gemacht worden waren, hatte ich auf etwa dreitausend Rubel gerechnet, aber von allen jenen Leuten erinnerte sich nicht ein einziger der früheren Gespräche, schickte mir keiner auch nur eine Kopeke. Nur die Studenten übergaben mir das Geld, welches ihnen als Gebühr für die Zählungsarbeit ausgezahlt worden war; ich glaube, es waren ganze zwölf Rubel. So hatte sich meine Mühe und Arbeit, bei der ich die Unterstützungsgelder nach Zehntausenden und die aus Elend und Laster Erretteten nach Hunderten und Tausenden zu zählen gedachte, darauf reduziert, daß ich aufs Geratewohl etliche Zehner von Rubeln an die ersten Besten, die sie von mir erbaten, vertheilte, und daß ich noch die von den Studenten geopferten zwölf Rubel sowie die mir selbst für die Zählungsarbeit vom Stadtrath zugewilligten fünfundsiebzig Rubel in Händen hatte.

Die Zählung war lange vollendet. Kurz vor meiner Abreise aufs Gut, am Sonntag vor der Butterwoche, begab ich mich früh morgens nach Mchanows Haus, um mich von den 37 Rubeln, die ich noch in Händen hatte, zu befreien und sie unter die Armen des Hauses zu vertheilen. Ich besuchte die Bekannten in den Quartieren und fand dort nur einen kranken Menschen, dem ich fünf Rubel gab. Weitere Unterstützungsbedürftige waren nicht vorhanden, obwohl mich viele um Geld baten. Ich hatte jedoch beschlossen, mich mit Iwan Fedotytsch, dem Wirth der Theeschenke, zuvor darüber zu berathen, wem ich die mir noch verbliebenen 32 Rubel geben sollte. Es war der erste Tag der Butterwoche. Alles war gepuht, alles satt, und Viele bereits betrunken. Auf dem Hofe stand ein alter Mann im zerrissenen Kittel und in Bastisshuhen, offenbar ein Lumpenjammler, der seine Beute von allerhand Lederstückchen, Eisenresten u. s. w. in einem Korbe geborgen hatte und mit schöner, kräftiger Stimme ein lustiges Lied sang. Ich ließ mich in ein Gespräch mit ihm ein. Er war siebenzig Jahre alt und unverheirathet; als ich nach seinem Gewerbe fragte, klagte er durchaus nicht, sondern sagte, er habe stets genug zu essen und zu trinken. Ich fragte ihn, ob es im Hause Nothleidende gäbe. Er ward fast ärgerlich über meine Frage und sagte, es gäbe überhaupt keine Nothleidenden, außer Trunkenbolden und Faulenzern. Als er jedoch hörte, daß ich gekommen sei, um Geld zu vertheilen, hat er mich sogleich um einen Fünfer und eilte in die Theeschenke, um ihn zu vertrinken.

Ich ging gleichfalls in die Schenke zu Iwan Fedotytsch, um ihn zu bitten, daß er die Vertheilung des Restgeldes übernehmen möchte. Die Schenke war voll von Menschen; gepuhte Mädchen in Festkleidern huschten von Thür zu Thür; alle Tische waren besetzt; es gab bereits schon Betrunkene, und in dem kleinen Zimmer spielte eine Ziehharmonika und tanzte ein Mädchen. Iwan Fedotytsch verbot ihnen aus Rücksicht auf mich das Tanzen und setzte sich zu mir an ein freies Tischchen. Ich sagte ihm, daß man mir eine kleine Geldsumme zur Vertheilung an bedürftige Leute übergeben habe und fragte, ob er mir nicht diejenigen Miether im Hause nennen könnte, welche die größte Noth litten. Der gute Iwan Fedotytsch — er gehört jetzt zu den Todten — verließ einen Augenblick das Buffet, um meine Wünsche zu hören. Er wurde auf meine Frage hin nachdenklich und schien im Zweifel, was er mir antworten sollte. Ein alter Kellner, der gehört hatte, um was es sich handelte, trat zu uns heran, um an unserer Berathung theilzunehmen.

Sie nahmen einen von den Miethern nach dem andern vor, konnten jedoch nicht einig werden.

„Da wäre die Paramonowna,“ meinte der Kellner. „Ganz recht,“ entgegnete Iwan Fedotytsch, „es kommt vor, daß sie nichts zu essen haben. Aber sie sind liberlich.“

„Was thut's? Sie sind doch immer nothleidend. Da ist auch Spiridon Iwanowitsch, der hat viele Kinder.“

Aber Iwan Fedotytsch hatte auch bei Spiridon Iwanowitsch sein Bedenken.

„Auch Alulina ist sehr arm, aber die bekommt schon was. Und dann wäre noch der Blinde.“

Bon dem Blinden wollte ich jedoch selbst nichts wissen. Es war das ein Greis von achtzig Jahren, ohne Verwandte. Man sollte meinen, daß es kaum ein traurigeres Menschenschickal geben könnte, und nun hatte ich diesen Blinden neben auf den Federtischen seines hohen Bettes liegen sehen, ganz betrunken und in einem fürchterlichen Baxton seiner verhältnißmäßig jungen Skojengenossen die gemeinsten Schimpfwörter an den Kopf werfend.

Es wurde noch ein Knabe ohne Arme sammt seiner Mutter genannt. Iwan Fedotytsch nahm an der Angelegenheit einen sehr regen Antheil, wußte er doch, daß alles, was ich auch geben würde, in seine Klasse wandern würde. Ich hatte es jedoch eilig, meine zweiunddreißig

Rubel los zu werden, und so vertheilten wir sie ohne große Umstände an die Einen und Andern.

Die meisten der Beschenkten waren anständig gekleidet, und wir brauchten nicht weit nach ihnen zu gehen, denn sie befanden sich mit uns in der Schenke. Der Bursche ohne Arme stellte sich uns in hohen Faltenstiefeln, einem rothen Hemd und einer neuen Weste vor.

Dies war das Ende meiner Thätigkeit als Menschenbeglücker, und ich fuhr in mein Dorf, ganz ausgebracht über die Andern, wie das immer zu sein pflegt, wenn man selbst eine Thorheit oder Schleichthätigkeit begangen hat. Mein Wohlthätigkeitsplan war auf ein Nichts hinausgelaufen. Aber wenn auch meine Thätigkeit ein Ende gefunden hatte, so war ich doch mit den Gedanken und Empfindungen, welche dieselbe in mir hervorgerufen hatte, nicht nur nicht am Ende, sondern die innere Arbeit begann nun erst recht mit verdoppelter Kraft.

Trades Unions für Frauen.

In der Augustnummer der „North-American-Review“ giebt Emilia Dilke eine Schilderung der englischen „Women's Trades-Union League“, welche auch für deutsche Leser Interesse hat. Sie schreibt:

Ich hatte von diesen Gesellschaften zum ersten Male von einer Schriftstellerin, Namens Emma Smith (später verehelichte Paterison) gehört. In ihrer Eigenschaft als Sekretärin einer Organisation zur Förderung des Frauenstimmrechts erzählte mir Emma, sie habe schon viele zündende Reden von Frauenrechts-Anhängern gehört und namentlich amerikanische Rednerinnen; aber von all dem vielen Reden habe nur Etwas einen tiefen Eindruck auf sie erzielt, und das war ein Bericht über Unterstützungs-Gesellschaften, den eine jener Damen gegeben. So verwendete Emma nun ihre Ersparnisse zu einer Amerika-Reise und nach ihrer Rückkehr nach England gründete sie die Liga, die jetzt im ganzen Lande als die „Women's Trades-Union League“ bekannt ist.

In jenen Tagen wagte Niemand, geradezu von Trades-Unionismus zu sprechen; das Wort hatte für ein gewöhnliches Ohr einen unangenehmen Nebenschlag; man identifizierte es mit Gewaltthaten, Finsterniß, der Anwendung ungesetzlicher oder gar krimineller Methoden; es war gleichbedeutend mit der Zerstörung von Eigenthum und Leben, während es bei den Gebildeteren eine unverzeihliche Sünde gegen die insipirten Ordnungen der „National-Oekonomie“ war.

Als nun Emma Smith aus den Ver. Staaten zurückkehrte und ihre Freundinnen besuchte, um sie auszufordern, ihren Plan zu unterstützen — Arbeiterinnen durch Selbsthilfe anzuhelfen — bestanden sie alle darauf, daß die Gesellschaft einen Taufnamen bekomme, der ihren wahren Charakter den Fernstehenden verschleierte.

So kam es zu der That. Wir gaben der neuen Gesellschaft den Namen „Protective and Provident League“. Erst vier Jahre später fanden unsere Freundinnen den Muth, das Wort „Protective“ durch „Trades Union“ zu ersetzen; seitdem entwickelten sich die Dinge so rasch, daß auch das Wort „Provident“ fallen gelassen wurde und nun bekennt sich die ehemalige „Protective and Provident League“ ehrlich als eine Liga zur Förderung des Trades-Unionismus unter Frauen.

In Verbindung mit dieser Aenderung will ich einen amüsanten Zwischenfall erwähnen, der zu Anfang unserer Bewegung sich ereignete, und die Nothwendigkeit jener Vorsichtsmaßregel, die nun so lächerlich erscheint, illustriert, gleichzeitig aber auch zeigt, wie zwecklos solcher Klugheits-Schleier ist, ausgenommen dem allgemeinen Publikum gegenüber.

Man beabsichtigte, unter den Fabrikarbeiterinnen einer englischen Provinzialstadt einen Verein zu gründen und gab ihm die wohlklingende Bezeichnung „Gesellschaft“.

Eine Versammlung ward einberufen, in welcher man die Anwesenheit vieler der hervorragenden Einwohner, die sonst als philanthropisch galten, erwartete. Eine unserer Freundinnen verkündete triumphirend kurz vor dem Beginn der Versammlung: „Ich habe einen Universitäts-Professor gelapert.“ Es war in der That ein Professor der Philosophie. „Und“ — fügte sie hinzu — „er hat mir nicht nur versprochen, zu kommen, sondern auch zur Bestreitung der ersten Ausgaben ein namhaftes Geschenk zu geben.“

Die Versammlung wurde eröffnet und die obgedachte Frau Emma Paterison (früher Smith) hielt die Einleitungs-Rede. Kaum aber war sie fertig, so rief jener Professor ganz außer sich:

„Was, das ist ja Trades-Unionismus! Da kann ich mit Ihnen nichts zu thun haben wollen. Sie handeln ja gegen die Gesetze der National-Oekonomie!“

So zog der Herr Professor seine Subskription und sich selber zurück.

Geld für „Wohlthätigkeits“-Zwecke zu geben, war er bereit; eine Beisteuer für Die, welche zu wenig verdienen; aber das betrachtete er als einen verbrecherischen Versuch, diese nothleidenden Frauen zu befähigen, durch Zusammengehen bessere Löhne zu erzielen für eine Arbeit, die unter Bedingungen gethan wird, welche eine Gefahr für die Gesellschaft bilden.

Seit jenen Tagen hat die kleine Liga beständige Fortschritte aufzuweisen gehabt; sie arbeitete muthig gegen fast erdrückende Schwierigkeiten; doch erst in den letzten 2 Jahren hat sie dadurch viel profitirt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit allgemein auf die Arbeiterfrage gelenkt wurde. Die Sympathie, welche den Dockarbeitern zu Theil wurde, hat sich weiter ausgedehnt, nämlich auf verschiedene andere Formen unterwerthig bezahlter Arbeit, an welcher die Frauen sicherlich mehr als ihren vollen Antheil tragen.

Während des Kampfes der Dockarbeiter kam die Bezeichnung „Neuer Unionismus“ auf; in Wirklichkeit ist es der alte Unionismus, nur schreitet er unter gewagteren und sensationelleren Methoden vor; doch der Sache hat der „Neue Unionismus“ gute Dienste geleistet, und insbesondere der Sache der „Women's Trades-Union League“; und zwar auf zweierlei Weise.

Erstens appellirt er an das Gefühlselement, welches in den Entscheidungen des britischen Publikums eine so große Rolle spielt; der „Neue Unionismus“ hat das Vorurtheil zerstört, welches bisher gegen alle Vereinigungen herrschte, die nicht ausschließlich „Böhlthätigkeits“-Zwecken dienen.

Zweitens hat der „Neue Unionismus“ bewiesen, daß es möglich ist, die unterste, ungeschulte, Nichthandwerkerklasse von Arbeitern wirksam zu organisiren, wenn auch nur für eine Zeit. Mit anderen Worten: der „Neue Unionismus“ hat gerade unter den Klassen Eingang gefunden, deren Organisation eben der Liga am wünschenswerthsten ist.

Der Erfolg, welcher den berühmten Dockerstreik krönte, schloß unseren Freundinnen frisches Vertrauen ein; und dadurch, daß die Tagespresse die Thatsachen bezüglich der Verhältnisse der untersten Formen der modernen Industrie verbreitete — auf welche die Liga jahrelang vergebens die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken versuchte — erschloß sich uns Sympathie und Unterstützung in einem Grade, an dessen Erlangen wir schon verzweifelt hatten. Selbst Leute, die sich noch sträubten, den Männern das Organisations-Recht zuzuerkennen, änderten den Ton, wenn von den gedrückten Arbeiterinnen die Rede war und machten zu deren Gunsten einen willkürlichen Unterschied. Wahrscheinlich dachten und denken diese Leute: Frauen sind so hilflos, daß keine — wenn auch noch so gute — Organisation sie in Stand setzen kann, sich zu behaupten, geschweige denn, die Offensive zu ergreifen und, wie organisierte Männer, dabei erfolgreich zu sein.

Daraus ist es zu erklären, daß die Liga neuerdings erhebliche Unterstützung seitens des orthodoxsten Theils der britischen Mittelklasse gefunden hat; freilich hat sie sich auch dieser Unterstützung angemessen verhalten, indem sie Entschlossenheit mit Klugheit paarte. Die Liga handelt mit Entschlossenheit, wenn klare Veranlassung dazu vorhanden ist; sie schützt die Interessen der Arbeiterinnen, wo immer nur möglich, aber sie ist bestrebt, die Extreme zu vermeiden, welche zwar ein gutes Abovertisement sein mögen, doch zu oft unheilvolle Folgen nach sich ziehen.

Die als Rednerin und Schriftstellerin tüchtige Sekretärin der Liga, Fräulein Blad, Nachfolgerin von Frau Paterson, hat vor 2 Jahren, in einem kritischen Momente, sich einer neueren Organisation zugewandt, welche — unter Patronage der Herren Champion und Burns — sich anscheinend einer größeren Popularität erfreute. Man besorgte damals, daß die ältere Organisation hierunter leiden würde, aber der valante Platz wurde bald mit Fräulein Florence Rutledge besetzt, der Halbschwester des wohlbekannten Buchverlegers; Dank ihrer Fähigkeit und Energie hat die Liga wieder einen frischen Aufschwung genommen, so daß sie langsam ihren Einfluß über ganz Großbritannien verbreitet.

Im letzten Jahre ist unter Fräulein Rutledge's Leitung das Werk des Samen-Ausstreuens für die Prinzipien des Trades-Unionismus systematisch betrieben worden. Mitglieder des Komitees unternahmten Agitations-Touren nach verschiedenen Distrikten, wo man sich zu organisiren wünschte, und brachten eine Verbindung von Organisationen zu Stande. Jede zur Liga gehörige Organisation erhält jetzt jährlich den Besuch eines Komiteemitglieds. Zweimal im Jahre, im Frühling und Herbst, treten die Komiteemitglieder eine Inspektionsreise an.

Öffentliche Agitation ist naturgemäß ein hervorragender Theil des Programms der Liga. Einige Monate, nachdem Fräulein Rutledge ihr Amt angetreten, setzte sie sich, auf Ersuchen des Komitees, mit allen Trades-Councils in Distrikten, wo Frauenarbeit einen wesentlichen Theil der Industrie ausmacht, in Verbindung.

Die Folge davon war: Selbst da, wo die Arbeiterinnen sich apathisch zeigten, begriffen die männlichen Arbeiter die Gefahr, die von der unorganisierten weiblichen Arbeiterschaft drohte; die Männer schrieben uns:

„Die Frauen verrichten unsere Arbeit zum halben Preise und vertreiben uns aus dem Geschäft; wenn wir könnten, würden wir's ihnen verbieten; da dies aber nicht möglich, so kommen Sie nur her, um uns zu helfen, die Arbeiterinnen zu organisiren.“

Solch' Antworten kamen aus dem Norden Schottlands, aus den Zinnen-Fabriken Irlands, von den Schmieden Staffordshires und den Webereien von Lancashire.

Nicht Philanthropie, sondern das Selbstinteresse ist wach geworden und zwingt, die Prinzipien, mittelst

welcher die Arbeiter bisher bis zu gewissem Grade sich zu schützen vermocht, auf die Frauenarbeit auszudehnen.

Es ist wohl ziemlich bekannt, zum Beispiel, daß in allen Weberei-Distrikten die Männer durch Frauen-Arbeit ersetzt wird; nicht, weil die Frauen besser, sondern weil sie billiger arbeiten. Auch in anderen Gewerken, wie z. B. unter den Ketten- und Nägelmachern, finden wir Frauen und Mädchen in aktiver Konkurrenz mit den Gatten und Vätern. Fabrikinspektor Burnett drückt dies in seinem Jahresbericht von 1888 so aus: „Die Frauen zerren die Männer-Löhne zu noch niedrigerer Skala herab.“

Es ist klar, daß gewissenlose Arbeitgeber sich häufig genug darauf berufen, so daß es für die Männer eine beständige Bedrohung bildet.

Und gehen wir von der Fabrik in die „Heim-Werkstatt“ — sei es die „Schwiger“-Bude in Whitechapel oder die Schmiede zu Halesowen und Cradley-Heath, so finden wir alle diese Uebel in großen Maßstäben vor, denn Hausarbeit isolirt die Leute und macht ein gemeinsames Verständniß, sowie ein einheitliches Streben beinahe unmöglich, und doch sind diese beiden Dinge nun zur Regulirung der Gewerke unerlässlich nöthig.

Das verheißungsvollste Feld für Trades-Unionismus der Frauen ist daher in solchen Distrikten zu finden, wo, wie in Lancashire, die Frauen in großen Fabriken arbeiten; am aussichtslosesten sind Plätze wie Birmingham, wo die Theilung der Arbeit größtentheils so weit gediehen, daß nur 2 bis 3 zusammen arbeiten, namentlich in den „Schwiger“-Buden der Industrie für imitirte Juwelen.

So kommt es naturgemäß, daß die größte Anzahl organisirter Arbeiterinnen in solchen Organisationen wie der „Northern Counties' Weavers Association“ zu finden ist, einer Gesellschaft von 47 000 Mitgliedern, unter welchen 26 000 Frauen. Es giebt aber außerhalb dieser Assoziation noch 18 000 organisierte Weber, deren Mehrzahl aus Frauen besteht — wie mir Herr Birchwhistle mittheilt.

In der „Card and Blowing Rooms Amalgamated Ass'n“ zu Manchester mit 14 000 Mitgliedern sind zwei Drittel Frauenpersonen, und dasselbe numerische weibliche Verhältniß läßt sich, mit wenigen Ausnahmen, in anderen Textil-Zentren behaupten, wo die Unions von Männern geleitet werden.

In der Eisen-Industrie ändert sich aber das Verhältniß. Zwar im Kettengewerbe sind die Frauen, Dank der Bemühungen der Herren Juggins und Smith, ebenfalls gut organisiert; aber im Holzschindel-Gewerbe ist es schwer, die Frauen in der Trades-Union festzuhalten, obgleich dieselbe für sie eine Lohnaufbesserung von 35 pCt. erzielt hat. Das kommt daher, daß die Arbeiterinnen im Schrauben-Departement noch gar nicht organisiert sind. Die „Midland Counties' Trades-Ass'n“ hat sich viele Mühe gegeben, die Distrikte, in welchen jene Industrien betrieben werden, zu organisiren, aber ihre Bemühungen scheiterten bisher an der großen Ausdehnung der Hausarbeit.

Die traurigsten Mißerfolge sind jedoch da wahrzunehmen, wo die weiblichen Trades-Unions von Frauen ausschließlich gegründet und geleitet wurden. Unsere Liga allein hat in London 15 oder 16 ins Leben gerufen; ich kann jedoch nicht behaupten, daß sie alle zusammen mehr als 2000 Mitglieder zählen. Eine Ausnahme macht die Wäscherinnen-Union, welche in ihren verschiedenen Branchen 4—500 Mitglieder zählt; dann kommt die der Buchbinderinnen mit 200; dagegen ist die Union der Hemden- und Stragennäherinnen beschämend klein. Aehnlich ist es im ganzen Lande.

Wir haben uns daher bei dem Mangel weiblicher Agitatoren schon die Frage vorgelegt, ob es nicht praktischer wäre, die separirten weiblichen Trades-Unions aufzugeben und unter den Frauen dahin zu agitiren, daß sie den von Männern geleiteten Unions beitreten. Das Komitee wenigstens neigt sich dieser Ansicht stark zu und empfiehlt nur dann die Gründung von Arbeiterinnen-Unionen, wenn es sich um ein Gewerbe handelt, in dem ausschließlich Frauen beschäftigt sind, oder wenn die organisierten Männer den Frauen nicht den Beitritt zur Union gestatten.

Das Frauen ihre Unions so wenig fähig leiten, scheint übrigens zum Theil daher zu kommen, daß in den Gewerkschaften, an welchen beide Geschlechter theilnehmen, den Frauen so wenig Plätze in der Exekutive zugewiesen werden; es giebt daher nicht viele Frauen, welche mit den Geschäften der Leitung vertraut genug sich erweisen.

Vorläufig nun organisiren wir noch weibliche Trades-Unions, weil es zu wenig organisierte Arbeiterinnen giebt; aber für die Zukunft wird es vortheilhaft sein, daß beide Geschlechter zu einer Trades-Union vereinigt werden.

Früher schien es unmöglich, Frauen der besser bezahlten und auf einer höheren sozialen Stufe stehenden Branchen mit den geringer bezahlten und weniger geschickten Arbeiterinnen zu einer Organisation zu verknüpfen; noch weniger gelang es, die Ersteren zur Hilfe für die Letzteren heranzuziehen. Aber der „Neue Unionismus“ hat in dieser Beziehung Wandel geschaffen und zwar gleich zu Anfang seiner Wirksamkeit; die unter den Auspizien des neuen Unionismus stehenden Gesellschaften, wie die „Gas Workers and General Laborers' Union“ haben den alten Gewerkschaften ein vortreffliches Beispiel gegeben, das bereits gute Wirkungen erzielt hat; denn die neulich von unserer Liga gegründeten Trades-Unions, wie z. B. die „London Laundresses and General Working-Women's Amalgamated

Association“ beruht auf derselben Grundlage, vereinigt alle Arbeiter der Branche, die untergeordneten mit den höhergestellten.

Nun hat diese Verschmelzung aller Arbeiter einer Branche — der besser und schlechter bezahlten, der skilled und unskilled — zu einer Union noch eine wichtige Folge gehabt. Die Unions haben ihr Kranken- und Sterbefassenwesen von der Union trennen müssen, weil die geringbezahlten Mitglieder nicht doppelt und dreifache Beitragssteuern entrichten könnten. Das Unterstützungswesen wird deshalb fortan in separaten Organisationen betrieben werden müssen.

Friedrich Nietzsche.

I.

In verschiedenen Bourgeoiszeitungen fand sich vor wenigen Wochen ein Feuilletonartikel, in welchem behauptet wurde, daß die Sozialdemokratie Friedrich Nietzsche für sich in Anspruch nehme. Der Artikel selbst ist mir nicht zu Gesicht gekommen, nur eine Notiz darüber in einem Parteiorgan. Nach dieser Notiz soll der betr. Verfasser seine wunderbare Behauptung durch den Hinweis auf einen Artikel in der „B.Z.“ und auf die Schwärzerei, welche einige „jungdeutsche“ Schriftsteller für Nietzsche hegen, bewiesen haben.

Was die jungdeutsche Literatur denkt, ist für die Sozialdemokratie natürlich unverbindlich, denn meines Wissens sind in derselben alle möglichen und sogar alle unmöglichen politischen Schattirungen vertreten, wobei allerdings eine allgemeine Hinneigung eines großen Theils der betreffenden Künstler zu sozialen Problemen nicht zu verkennen ist; und umgekehrt sind in der Sozialdemokratie alle möglichen und gleichfalls auch alle unmöglichen ästhetischen Schattirungen vertreten, obgleich auch hier von einem großen Kreise eine gewisse Hinneigung zur modernen Richtung vorhanden ist. Ich persönlich z. B. bekenne mich zu derselben, konfundire das aber natürlich nicht mit meinen politischen Anschauungen.

Was nun die Ansicht der „Volks-Tribüne“ über den „Fall Nietzsche“ betrifft, so kann nur ein Artikel in Nr. 36 vom vorigen Jahre gemeint sein, der von mir herrührt. Wie man aus demselben herleiten kann, daß die Sozialdemokratie ihn für sich reklamirt, begreife ich freilich nicht recht. N. ist in dem betr. Artikel gerade als Bourgeoisphilosoph gezeichnet:

„Wir Sozialdemokraten haben natürlich keinen Grund, uns für diesen Bourgeoisphilosophen zu erwärmen; für uns hat er lediglich ein symptomatisches Interesse. . . Schopenhauer hatte viele Züge des deutschen Kleinbürgerthums; er war ängstlich, egoistisch, engherzig, feige, verzagt und weichherzig. Nietzsche aber hat gar keine Spur kleinbürgerlicher Engherzigkeit; er ist von offener Brutalität, von schrankenloser Freiheit, und sein Horizont wird nur begrenzt durch die Grenzen des allgemeinen Klasseninteresses. . . Racker und klarer hat sich die Philosophie des Bürgerthums wohl noch nie gezeigt, hier giebt es sich sans phrase. . .“

In der betr. Notiz war ein Satz aus dem Artikel zitiert: „Es gilt bei den Sozialdemokraten als ein überwundener Standpunkt, von einem Kant oder Hegel ernsthaft zu sprechen“; ich kann dem Verfasser da nur rathen, sich die sozialistische Presse einmal genauer anzusehen.

Um aber gar keinen Zweifel zu lassen, und da die Figur Nietzsches immerhin doch sehr interessant ist, lasse ich einen Artikel folgen, welchen ich vor etwas mehr als einem Jahre in der „Freien Bühne“ habe erscheinen lassen.

Die sonderbare und überraschende Figur Nietzsches hat wohl manche Fragen wachgerufen: wie es möglich war, daß sie so plötzlich entstehen konnte, so scheinbar ganz unvermittelt, ohne Zusammenhang mit der früheren Philosophie, — wachgerufen allerdings wohl weniger in der eigentlichen Kunst, welche ja das Vorrecht hat, mit ihrer Betrachtung der Erscheinungen den Erscheinungen mindestens ein halbes Jahrhundert nachzuhinken, sondern in den Kreisen der eigentlichen Intelligenz.

Man kann an Schopenhauer denken, der auch so plötzlich in die reinliche Entwicklung hineingefallen ist. Allerdings betont Schopenhauer beständig seinen Zusammenhang mit Kant; und ähnlich ist auch Nietzsche mit dem Positivismus verbunden. Allein diese Zusammenhänge sind doch nur lose; wenn man nämlich als das Wesentliche des Philosophen nicht seine Metaphysik, wie bei Schopenhauer, und nicht seine Erkenntnistheorie, wie bei Nietzsche, sondern die Philosophie hat und welcher Erkenntnistheorie er anhängt, das entscheidet sich in zweiter Linie; diese Anschauungen sind nicht das erste Moment in seiner Philosophie, sondern erst das zweite; wie der Wunsch der Vater des Gedankens, so ist die Moral — das Wort vordringlich aufgefaßt — die Mutter der Erkenntnistheorie und der Metaphysik.

Es ist vielleicht gefährlich, Nietzsche zu zitiren; denn dem einen Satz kann man oft leicht ein anderes entgegenstellen, wo der sich selbst beständig Widerspruch das gerade Gegentheil sagt. Allein in der Psychologie seines Philosophirens widerspricht er sich wohl nie; und hier findet sich eine Reihe von Aussprüchen, welche genau das ausdrücken, was ich eben gesagt habe; er selbst sagt die Sache also auch so auf, was ja freilich noch kein Beweis ist. Das stärkt in mir die frohe Zuversichtlichkeit, sie möchten von Anfang an in mir nicht einzeln, nicht sporadisch entstanden sein, sondern aus einer gemeinsamen Wurzel heraus, aus einem in der Tiefe gebietenden, immer bestimmter werdenden, immer Bestimmteres verlangenden Grundwillen der Erkenntniß. So allein nämlich geziemt sich bei einem Philosophen.“

Unteruchen wir also diesen Grundwillen näher und seinen eigenthümlichen Kontrast zu allem, was uns gewohnt ist!

Nietzsche ist Philosoph der Decadence; aber den Begriff Decadence anders gefaßt, als er ihn selbst hat. Das feudale Mittelalter hindurch herrschte, der sozialen Ordnung entsprechend, eine feudale Philosophie. Als das Bürgerthum in die Höhe kam und die herrschende Klasse wurde,

entstand die bürgerliche Philosophie, eine Philosophie, welche den Geist des Bürgerthums spiegelt, die bürgerlichen Wünsche und Hoffnungen wiedergibt.

Zwei Momente sind vor allem charakteristisch für die bürgerliche Philosophie, wo sie sich auch entwickeln mochte: die optimistisch-mechanistische Weltanschauung und, eng mit ihr zusammenhängend, die Idee der allgemeinen natürlichen Gleichheit aller Menschen.

Die Psychologie dieser beiden Gedanken ist einfach: sie liegt in der Nothwendigkeit des freien Arbeitsvertrages für das Bürgerthum. Alle Menschen sind von Natur gleich — als gleiche Parteien können sie einen Vertrag schließen. Durch den Mechanismus des Weltzusammenhangs läuft alles zuletzt immer auf das Beste und Schönste hinaus, wie es der allweise, allgütige, allmächtige Gott, oder die allgütige Natur zu Anfang bestimmt hat — der Vertrag ist also „gerecht“, bringt beiden Parteien Vorteile, und zwar gleiche Vorteile.

Herrschen konnten solche Anschauungen natürlich nur so lange, als sie nicht den Thaten, oder vielmehr der Deutung der Thaten, ins Gesicht schlugen. Die Deutung der Thaten blieb aber dieselbe, so lange das System der Produktion sich noch nicht ganz in der Erscheinung entwickelt hatte. Sobald sein wahrer Charakter klar wurde, war es mit diesem Gedanken aus.

In der Dekonomie bezeichnet diesen Schlusspunkt Ricardo. Ricardo weist nach, daß der „Profit“ der Kapitalisten durch „Mehrarbeit“ des Arbeiters geschaffen wird; daß der Arbeitsvertrag unfrei und ungleich ist.

In der Philosophie ist Hegel das Ende. Bis hier hatte sich die bürgerliche Gesellschaft notwendig als die absolute gefühlt, wie jede Gesellschaft, welche sich noch natu betrachtet. Durch die Zertrümmerung der alten Illusionen wurden ihr ihre Mängel klar und zugleich durchzogen sie die ersten Todesahnungen. Indem die Dialektik alles Absolute auflöste, setzte sie auch die bürgerliche Gesellschaft als nur relativ.

In Ricardo und Hegel hatte sich das Bürgerthum selbst von der These zur Antithese entwickelt; aus der Antithese heraus würde nun das Neue kommen, die Synthese.

Aber nicht durch das Bürgerthum selbst. Weiter als zur Selbsterkennung kam das Bürgerthum unendlich gehen. Bei Ricardo und Hegel macht also das bürgerliche Denken Halt; und wie auf Ricardo die Dekonomie des deutschen Professoriums folgt, die Dekonomie des schlechten Gewissens, so folgt auf Hegel: Schopenhauer, Karl Vogt, August Vange, Ernst Laas und Friedrich Nietzsche: die Philosophie der Feigheit, die aufgewärmte Philosophie unserer Großväter, und die Philosophie der Brutalität.

Schopenhauer, erst lange nach Hegel zur Anerkennung gekommen, und deshalb trotz seines Geburtsjahres auch geschichtlich nach ihm zu betrachten, ignoriert einfach den „Bierwirth“; und die Uebrigen betrachten seine Philosophie mindestens als Verirrung.

Das ist der eine Zweig der bürgerlichen nachklassischen Philosophie, der bekanntere. Aber es giebt noch einen anderen Zweig, der mehr nach der ökonomischen Seite hinneigt und deren Extrem vielleicht am besten als „bürgerlicher Sozialismus“ zu bezeichnen ist; Repräsentanten sind: Gray, Proudhon, Karl Grün, Rodbertus, Eugen Dühring, die Erfinder der „religion de la souffrance“, Jöben und Björnson, die eigenthümliche Gestaltung der slavophilen Theorien bei Tolstoj und Dostojewski, und die amerikanischen Roralschwärmer, von denen Salter in Deutschland am bekanntesten ist. Eine scheinbar sehr disparate Gesellschaft. Gemeinsam ist diesen Allen, daß sie die Konsequenzen Ricardos oder Hegels annehmen — bewußt oder unbewußt — und daß sie die Synthese bringen wollen. Da das aber eine Aufgabe ist, welche das Bürgerthum nicht lösen kann, so scheitern sie sämmtlich. Es wird hier viel Geist, Charakter, auch viel Dummheit und Schwäche verbraucht; neben Männern wie Tolstoj entwickeln sich solche absonderliche Figuren wie Björnson.

Die Stellung Nietzsches ist nunmehr gegeben; er gehört zu jener Klasse der bürgerlichen Decadents, welche in Opposition zu dem erreichten Ziel des bürgerlichen Denkens steht. Er hat eingesehen, oder vielmehr gefühlt, daß die zweite Klasse nur Schwachheiten und Halbheiten zum Vorschein bringen kann; und weil er sich der ersten angeschlossen, wo er wenigstens etwas Ganzes sein und wollen kann. Gegen seinen wissenschaftlichen Instinkt. Er glaubt im Grunde nicht an das Absolute, er ist Relativist. Allein seine Stellung zwingt ihm ein absolutes Ideal auf; er kommt sogar dazu („Götterdämmerung“: „der Hammer redet“) eine Art Roraldogma zu geben: „Werdet hart“. Das ist ein Grundwiderspruch dieses widerspruchreichsten aller Philosophen, aus dem sich eine Reihe seiner sonderbarsten Sprünge erklären lassen.

Sehen wir in einem zweiten Artikel, wie sich das alles im Einzelnen seiner Philosophie ausdrückt.

Arbeitsämter.

Einem Aufsatz von R. Schuller im „Handelsmuseum“ entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die ältesten dieser Institute sind die arbeitsstatistischen Ämter Amerikas, deren erstes 1869 zu Boston gegründet wurde. Seither errichteten 21 Staaten der Union solche Bureau. Dieselben sind Organe der betreffenden Regierungen, unterstehen dem Sekretär des Innern und setzen sich in der Regel aus einem Chef und einer je nach den vorhandenen Mitteln größeren oder geringeren Zahl von Hilfsbeamten zusammen. Sie sind von einander vollständig unabhängig und arbeiten an ganz verschiedenen Fragen, so daß die von ihnen erlangten Resultate nicht in Zusammenhang gebracht, geschweige denn zu einem Ganzen zusammengefügt werden können. Im Jahre 1884 entstand nach längeren parlamentarischen Debatten als eine Abtheilung des Ministeriums des Innern das gemeinsame Bureau für Arbeitsstatistik, zu dessen Chef der bekannte Statistiker Carroll Wright ernannt wurde. Einige Jahre später zu einem selbstständigen, aus etwa 60 Beamten bestehenden Arbeitsamt umgeschaffen, ist dieses Institut nunmehr keinem Ministerium untergeordnet, sondern steht in direkter Verbindung mit dem Präsidenten und den beiden Kammern. Die Aufgabe dieser Bureau und des Arbeitsamtes ist es, statistische Aufnahmen über die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen und über die industriellen und kommerziellen Zustände des Landes zu veranstalten und die Resultate derselben zu veröffentlichen. Sie sind ständige Enqueten, die sich hauptsächlich mit der Statistik der Streiks und der Kartelle, der Löhne, der Arbeitszeit, der Gefängnisarbeit u. s. w. befassen, ohne irgend welche Gesetzesvorschläge zu machen oder

überhaupt eine legislatorisch-sozialpolitische Thätigkeit zu entfalten.

Ganz ähnlich ist die Organisation des im Jahre 1886 in England gegründeten Bureau, welches, als arbeitsstatistisches Departement des Handelsamtes gegründet, unter die Leitung Robert Giffens' gestellt wurde und zahlreiche Berichte, insbesondere über Trade-Unionen und das Sweating-System veröffentlicht hat. Das englische Bureau ist noch viel unselbständiger als das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten. Dieses wie jenes ist wohl noch in dem ersten Stadium seiner Entwicklung begriffen, aber die Abschnürung von dem Verwaltungsorganismus ist bei dem selbstständigen amerikanischen Amte weiter fortgeschritten als bei dem englischen, das nur eine kleine Abtheilung des Handelsamtes bildet.

Im selben Jahre, 1886, schufen sich die Arbeiter der Schweiz ein Arbeitersekretariat, welches von der Regierung subventioniert wird und unter Leitung des Komitees sämtlicher schweizerischer Arbeiterverbände steht. Dieses aus 23 Mitgliedern bestehende Komitee, das zugleich den Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes bildet, bestellte Herrn Greulich zum Arbeitersekretär. Derselbe beschäftigte sich bisher besonders mit der Unfall- und Lohnstatistik. Das Sekretariat ist eine spezifisch schweizerische Form des arbeitsstatistischen Amtes. Sein Vorzug besteht darin, daß es eine Schöpfung der Arbeiter ist und unter deren Oberaufsicht steht, weshalb die arbeitenden Klassen ihm Vertrauen entgegenbringen und seine Erhebungen unterstützen. Andererseits jedoch verfügt das Arbeitersekretariat nur über sehr geringe Mittel und Kräfte, so daß vorerst an die Erzielung bedeutender Resultate nicht zu denken ist.

Die erste Institution, welcher eine den Rahmen des bloßen Stoffsammlens überschreitende sozialpolitische Aufgabe gestellt wurde, ist der Oberste Arbeitsrath in Frankreich. Derselbe wurde mittelst Dekrets vom 22. Januar 1891 geschaffen. Außer 10 Mitgliedern, die dies schon vermöge ihrer öffentlichen Stellung sind, nämlich der jeweilige Präsident des Pariser Municipalrathes, der Präsident des Handelsgerichtes und der Pariser Handelskammer sowie mehrere Ministerialbeamte, zählt der Conseil supérieur du travail fünfzig auf Vorschlag des Handelsministers theils aus den Mitgliedern der Deputirtenkammer, theils aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter ernannte Mitglieder. Dieser offizielle Rath soll über alle die Arbeiterklasse berührenden Fragen verhandeln und auf Grundlage der Diskussionen dann auf die Förderung der geistigen und materiellen Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung abzielende Gesetzentwürfe vorbereiten.

Die erste Session des Arbeitsrathes dauerte vom 18. bis zum 28. Februar. Die während dieser kurzen Zeit berathenen Entwürfe betrafen:

1. Die Regelung des Schiedswesens durch Einführung von permanenten Einigungsämtern.
2. Den Schutz der Arbeitslöhne durch strenge Verfolgung des Trucksystems und Verbot der 10 Prozent übersteigenden Lohnbeschlagnahmen.
3. Die Freigabe der Arbeitsvermittlungsbureau und Förderung des Arbeitsnachweises.
4. Die Einrichtung eines Arbeitsamtes im Handelsministerium: Office du travail.

Durch eine am 28. Februar angenommene Resolution wurde diesem neuen Institute die Aufgabe gestellt, „de rassembler et de vulgariser tous les documents et informations utiles relatifs au travail, à ses rapports avec le capital, aux heures de travail, aux salaires des travailleurs, hommes, femmes et enfants.“ Nach dieser allgemeinen Bestimmung der Aufgaben des zu gründenden Office du travail führte die Resolution die lange Liste aller der statistischen Erhebungen auf, welche dieses neue Arbeitsamt durchführen soll. Es handelt sich hier um eine den vorher besprochenen Instituten Amerikas, Englands und der Schweiz ganz ähnliche Einrichtung. Bezüglich der Injzenirung derselben gingen die Ansichten der Mitglieder des Arbeitsrathes ziemlich weit auseinander. Während die Einen das statistische Bureau des Handelsministeriums nur unbedeutend zu erweitern und ihm die Funktion des Office du travail zu übertragen gedachten, wollten die Anderen ein selbstständiges statistisches Amt nach amerikanischem Muster gründen.

Durch ein Gesetz vom 20. Juli 1891 wurde das französische Arbeitsamt, und zwar als Abtheilung des Ministeriums des Handels, der Industrie und der Kolonien ins Leben gerufen und ein Kredit von 480000 Fr. für die erste Einrichtung desselben und die laufenden Ausgaben des letzten Vierteljahres 1891 eröffnet. Das Handelsministerium hat nach der Bestimmung dieses Gesetzes am Ende jedes Jahres an den Präsidenten der Republik einen die Arbeiten des Office du travail zusammenfassenden Bericht einzureichen.

Was das Programm der künftigen Sessionen des Obersten Arbeitsrathes betrifft, so gab Handelsminister Roche in der Rede, mit welcher er die erste Session eröffnete, diesbezüglich in mehrfacher Hinsicht interessante Aufschlüsse. Von der Absicht, die Frage des Arbeiterschutzes für Erwachsene zur Beratung zu bringen, führte der Minister aus, sei er abgekommen; diese Frage bilde zwar augenblicklich für die Arbeiterklasse den Gegenstand des hervorragendsten Interesses, aber die vorbereitenden Arbeiten seien noch nicht abgeschlossen, und so werde diese Frage besser später behandelt werden. Den größten Nachdruck legte er auf die Gründung des arbeitsstatistischen Amtes. Auffällig ist es, daß Minister

Roche die Frage des Schutzes der Frauen- und Kinderarbeit, welcher in Frankreich sehr mangelhaft ist, auch nicht einmal als einen Programmpunkt der künftigen Verhandlungen des Oberarbeitsrathes erwähnte.

Der oberste Arbeitsrath ist eine Kommission für Arbeitergesetzgebung, sozusagen ein locker organisiertes Arbeitsministerium. Was er leisten wird, hängt einzig und allein von seiner Zusammensetzung ab; und zwar nicht davon, ob seine Mitglieder vorwiegend dieser oder jener Klasse angehören, sondern ob sie die neuen Ideen ihrer Zeit verstehen und für die Gesetzgebung zu verwerten wissen.

Kürzlich wurde nun auch der italienischen Deputirtenkammer von Bugliese ein die Errichtung eines Arbeitsamtes betreffender Gesetzentwurf vorgelegt. Derselbe lautet:

1. Es wird als Abtheilung des Ministeriums des Innern ein Arbeitsamt errichtet.
2. Dieses hat die Aufgabe, alle die nationale Arbeit in Gewerbe und Landwirtschaft betreffenden Daten zu sammeln und zu verbreiten; ferner festzustellen, wo Ueberfluß und wo Mangel an Händen herrscht; in welchen Industrien das Loos der Arbeiter ein besseres, in welchen ein schlechteres sei. Es hat endlich die Durchschnittslöhne für Männer, Frauen und Kinder nach Verschiedenheit der örtlichen Umstände und der Arbeitszweige zu ermitteln.
3. Von Mitgliedern dieses Arbeitsamtes sollen drei durch das Ministerium des Ackerbaues und Handels, drei durch das der öffentlichen Arbeiten und vier durch das Ministerium des Innern nominirt werden.
4. Jedes Municipium hat auf Kosten der Kommune ein analoges Arbeitsamt zu errichten, das alle lokalen Daten sammelt und dem Zentralamte mittheilt.
5. Es wird ein spezielles Reglement für diese Ämter erlassen, und die Kosten der Einrichtung werden in das Budget 1892/93 aufgenommen.

Dies die ersten Anfänge der „Ämter der Arbeit“. Sie werden jedenfalls, indem sie neue Daten über die herrschenden Arbeitsverhältnisse sammeln, zentralistren und veröffentlichen, der Wissenschaft und dem Leben große Dienste zu erweisen im Stande sein, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß ein werththätiges reformatorisches Eingreifen auf Grund der bereits gesammelten Erfahrungen manchmal wünschenswerther erscheint, als die vollkommenste Statistik.

Verschiedenes.

— Die Auswanderung der Textil-Arbeiter aus Sachsen nach den Ver. Staaten scheint in Fluß zu kommen. Die Theuerung der Lebensmittel in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit, welche zum Theil der McKinley Bill zuzuschreiben ist, veranlaßt diejenigen, welche es noch thun können, zur Flucht. Ein Brief an die „Köln. Zig.“, dessen Schreiber dazu offenbar scheinbar zur Auswanderung rät, sagt darüber folgendes:

Die Fabrikanten sind noch leidlich getroßt und meinen, daß die amerikanischen Bestellungen im Herbst wieder einziehen müssen, die Arbeiter jedoch sind von großer Nothlosigkeit befallen, und wenn jetzt in den Blättern berichtet wird, daß aus Hohenstein und dessen nächster Umgebung einige zwanzig Wirker nach Amerika auswandern, so kann verfehlt werden, daß die Zahl der auswandernden Wirker, weil auch in den anderen Städten und Dörfern des Wirkerbezirks Anwerbungen stattgefunden haben, sich bedeutend höher stellt, sowie daß die Auswanderungen aus diesen Orten nicht erst jetzt begonnen haben, sondern schon seit Jahresfrist im Gange sind. Man erzählt sich, daß die Textilmaschinenfabrik zu Cannstatt bei Stuttgart jetzt Tag und Nacht zu thun hätte, um Maschinen für Amerika zu liefern und daß gleichzeitig mit den Maschinen angeworbene sächsische Wirker zu deren Bedienung hinüber befördert würden.

Die Auswanderungen aber beklagt man darum, weil es gerade die besten, die tüchtigsten und unternehmenden Wirker sind, welche auswandern, hauptsächlich aber darum, weil man von ihnen eine Verschärfung des amerikanischen Wettbewerbs erwartet, denn unter den Auswanderern sind auch Wertmeister und mit der Wirkerlei vertraute junge Kaufleute, und von den mitziehenden Arbeitern sind manche im Besitze von zwei, drei, auch vier Strumpf-Maschinen, die sie mit hinüber nehmen.

Diese Wandlung ließ sich voraussehen. Das Schutzsozial-System soll den Zweck haben, Industrien im Inland zu schaffen und dafür den Import von Waaren, die seither vom Ausland bezogen wurden, abzustellen. Das thut es auch. Nachdem man die Zölle so erhöht, daß selbst die Hungerlöhne Sachsens nicht mehr die Fabrikanten dafelbst befähigen, die amerikanischen Schranken zu überspringen, wird in diesem Industriezweig eintreten, was früher in der Eisenbranche geschah: Der inländische Bedarf wird im Inland hergestellt und nach kurzer Zeit sogar für den Export gearbeitet werden. Für die drüben freigesetzten Arbeiter bleibt nichts anderes übrig, als auszuwandern. Aber Dank der fortwährenden Verbesserungen der Maschinen und der Heranziehung der Frauen und Kinder zur industriellen Arbeit fehlt es hier an „Händen“ keineswegs, sondern es ist fast immer Ueberzahl vorhanden. Es soll ja nicht behauptet werden, daß die amerikanischen Textilarbeiter schon auf dem Standpunkt ihrer Kollegen in Sachsen und Schlefien angekommen sind. Aber im Verhältnis zu ihren höheren Leistungen sind sie wahrscheinlich nicht viel, wenn überhaupt, besser bezahlt.

— Entwicklung des Brauereiwesens. Dem soeben veröffentlichten statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich entnehmen wir folgende Zahlen, welche die rasche Entwicklung der Großindustrie deutlich illustriren.

Von den Bierbrauereien wird eine Brauereierhöhung, deren Höhe der Größe des Betriebes entspricht. Nun ist die Zahl der kleinen Brauereien, welche nicht mehr als 15 Mk. Steuern zu entrichten haben, von 3110 im Jahre 1872 bis auf 1208 im Jahre 1890 zurückgegangen. Einen Rückgang weist sogar noch die Zahl derjenigen Brauereien auf, die 1500 Mark Steuer bezahlen. Sie betrug 1872 noch 1701, jetzt aber bloß noch 1234. Dagegen ist die Zahl der großen Brauereien, von denen eine Steuer von mehr als 6000 Mk. erhoben wird, im genannten Zeitraum von 398 auf 834 angewachsen. Eine Brauerei, die eine Steuer von 7500 Mark entrichten muß, hat gewiß schon einen netten Umfang. Dabei muß man dann noch wissen, daß der Bierkonsum in Deutschland nicht nur absolut, sondern auch relativ rasch ansteigt. Im Jahre 1872 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 81 Liter; jetzt sind es schon 106 Liter.

In demselben statistischen Jahrbuch finden wir einige, die Zuckerindustrie betreffenden Angaben, welche uns zeigen, welcher Verbesserungen die Technik fähig ist und wie sehr der Ertrag dadurch gesteigert werden kann.

Im Jahre 1872 gewann man von einem Hektare 4 Zentner Zuckerertrags; infolge rationellerer Bewirtschaftung stieg der Ertrag auf 6 1/2 Zentner. Sodann erfind man bessere Fabrikmethoden, so daß jetzt aus derselben Quantität Rüben viel mehr Zucker gewonnen werden kann, als früher. Noch im Jahre 1872 erhielt man von 1 Zentner Rüben 8 Pfund Zucker. Jetzt ist der Ertrag auf 12 Pfund angestiegen. Oder um 1 Pfund Zucker zu bekommen, brauchte man früher 12 Pfund Rüben, jetzt nur noch 8 Pfund.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Am Mittwoch, den 16. d. Mts., sandte ich, außer an einige bürgerliche Organe, auch an den „Vorwärts“, das Zentralorgan unserer Partei, eine Berichtigung über Bemerkungen Zubeil's in der Feenpalast-Berichterstattungs-Versammlung.

Der „Vorwärts“ ließ sich dazu herbei, diese Erklärung seinen Lesern, von denen doch 3000 die Versammlung besucht hatten,

mitzuteilen, wohl, aber verstellte und entstellte er sie, und erging sich in verstedten Bemerkungen gegen meine Person.

Da mir als Parteigenossen, der jahrelang für die sozialdemokratischen Ideen in Berlin öffentlich thätig war, daran liegen muß, von meinen Berliner Genossen in richtigem Lichte betrachtet zu werden, richte ich an Sie, geehrter Herr Redakteur, die dringende Bitte, in die nächste Nummer der „Volkstribüne“ die erwähnte Erklärung aufnehmen zu wollen.

Erklärung.

Laut den Versammlungsberichten der Berliner Presse hat der Berliner Delegierte zum Brüsseler Arbeiter-Kongress, Hr. Zubeil, in der Berichterstattungsversammlung im Feenpalast geäußert, ich hätte nicht als einziger von den Deutschen für Zulassung der Anarchisten gestimmt, wie ich dies in der That in meiner Berichterstattung behauptet habe; vielmehr hätten verschiedene andere von den Deutschen auch noch dafür votirt.

Hierzu habe ich zu bemerken: Meine Kollegen im Bureau des Kongresses, die Herren Redakteur Dr. H. Rup-Magdeburg und Redakteur A. Zendrich-Braunschweig, konnten den Tisch der Deutschen, der sich dicht vor ihnen befand, genau übersehen; ferner war es sehr leicht, die das Zulassungs-Votum abgebenden

Personen zu bemerken, da sich nur wenige „Hände“ für die Anarchisten erhoben. Wir waren uns sofort einig darüber, daß die Deutschen mit allen gegen meine Stimme für Ausschluß der Anarchisten gestimmt hätten; diese Beobachtung wurde noch durch eine sofortige private Interpellation des Abgeordneten Liebnecht bezüglich meines Standpunktes unterstützt. — Hinsichtlich meines Antrages auf Ausschluß des Berichterstatters der „Aölnischen Zeitung“, den der Delegierte Zubeil dann noch gegen mich angezogen hat, bemerke ich, daß, obwohl mir die jeden Anstandes baaren Mittheilungen dieses Journalisten während der ganzen Dauer des Kongresses schon bekannt waren, ich jedoch mit der Annäherung des Herrn, um ihm die Berichterstattung nicht unmöglich zu machen, bis zum Schluß des Kongresses wartete, und auch da nur verlangte, daß er nicht der Ehre theilhaftig werden sollte, der Schluß-Manifestation der internationalen Solidarität des Proletariats beizuwohnen. Albert Kuerbach.

Unsere Freunde werden ersucht, uns behufs weiterer Verbreitung des Blattes Adressen von solchen Personen anzugeben, welche eventuell abonniren würden. Agitationsnummern versenden wir gratis und franko.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Große Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 29. September 1891, Abends 8 Uhr, in **Mohrmann's Salon, Gr. Frankfurterstraße 117.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes und Fragekasten. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Sammlung sozialpolitischer Flugschriften.

Herausgegeben von **Max Schippel.**

Soeben erschien Heft 2 der III. Serie:

Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart.

Von **Max Schippel.**

Preis pro Heft 15 Pf. — Wiederverkäufern hoher Rabatt.

I. Serie komplet (12 Hefte) | II. Serie komplet (14 Hefte)

Preis 1.— Mark. | Preis 1,65 Mark.

Alle Bestellungen, Geldsendungen und eingeschriebenen Briefe adressire man: Herrn G. Link, Expedition der Berliner Arbeiter-Bibliothek, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 55.

Fachverein der Tapezierer.

Große Versammlung

am Montag, 28. Septemb., Abds. 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes und Fragekasten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

J. Semmel, pract. Zahn-Arzt

Neue Königstraße 48, am Alexanderplatz. Behandlung von Zahn- und Mundkrankheiten künstl. Ersatz, Mitglieder v. Krankenkassen Ermäßigung. Sprechst. 9-1, 3-6, Sonnt. 9-2

Gratweil'sche Bierhallen

77-79. Kommandantenstrasse 77-79. Heute sowie täglich:

Anstretten der

Hamburger Gaudebrüder

Konzert- und Komplettsänger.

Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf. Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval**, 3 Regelbahnen, 6 Billards, 2 Säle.

Meine Freunde und Parteigenossen bitte ich, für mich bestimmte **Buchbinder-Arbeiten** nach wie vor bei folgenden Genossen mit Angabe der Adressen abzugeben: Passorke, Junkerstraße 1; Wilschke, Raybachstr. 1; G. Schulz, Cigarrengesch., Kottbuser Platz; Schweitzer, Cigarrengesch., Dresdenerstr. 53/54 (City-Passage); G. Tempel, Breslauerstr. 27; Gnadt, Brunnenstr. 38; Zubeil, Raimystr. 86.

Constantin Janiszewski,

Buchbinder, Kottbuser Damm 99, Hof parterre.

„Lichtstrahlen“

Blätter für volkverständliche Wissenschaft und atheistische Weltanschauung. Zugleich ein literarischer Wegweiser für das Volk.

Erscheint halbjährlich in 2 Hefen à 20 Pf.

Soeben erschien Heft 24. Zu beziehen durch die **Verlags-Buchhandlung O. Harnisch, Berlin SW., Neuenburgerstraße 30.**

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Neue Feder einsehen 1 Mk. Empfehle silb. Zylinder-Uhren von 6,7 u. 8 Mk., silb. Remontoir-Uhren von 13, 14 u. 15 Mk., gold. Damen-Uhren von 18 Mk. an, Regulatoren von 10 Mk. an. Gr. Lag. v. Nickel, Tahmi u. Gold-Doubletten.

R. Kionka, Oranienstrasse 35, bei der Adalbertstraße.

Schmerzloses Zahnziehen,

Zahnschmerz beseitigen, Plombiren, Einsetzen künstlicher Zähne auch Theilzahlung **F. Mangelsdorf, Rosenthaler-Strasse 18.**

Rothe billige

Käsepreise.

Schilf. Holländer Käse à Centner	26.—
Schilf. Hamburger Käse à Centner	25.—
Schilf. Gamber Käse à Centner	32.—
ab hier gegen Nachnahme versandt	
Julius Werner, Remontoirstr. 4.	
10 Pfund-Probepostcoll.	3.60 und 3.50
und	4.20

Der Arbeits-Nachweis

Fachvereins der Musik-Instrumenten-Arbeiter

befindet sich **Raunynstraße 78** im Restaurant **Rohr**. Die Adressen-Ausgabe findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder, wie auch an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. — Die Bibliothek ist geöffnet jeden Mittwoch Abend von 8-9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 9-11 1/2 Uhr.

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Dieselbst Filiale des Metallarbeiter-Vereins und der Gärtler-Hilfskassa. Haupt-Agentur der Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Kottbuser Damm 14, früher Ritterstr. 15.

Wichtig für den Nord-Bezirk!

Chausseestrasse 83

gegenüber der Piesenstraße. Freunden und Genossen bringe mein **Fahrgeschäft**

in freundliche Erinnerung. Größte Auswahl. Zeitgemäße Preise.

Keine Dudenwaare. Keine Bazarwaare. **Fußschuhe.**

Elegante Stiefel. **Starke Arbeitstiefel.**

O. Fäse, Chausseestr. 83.

Arbeiter-Gesang-Vereinen

empfehle zu unseren Festen folgende neue 4 stimm. Männerchöre:

Jadl. Nr. 1: a) Halte Wort (3. Bb. Becker). b) Vorwärts (aus dem Vorwärts). Part. 80 Pf. Stimm. 1 M. Nr. 2: a) Lied d. Internationalen. b) Wie ist die Zeitung interessant. Part. 80 Pf. Stimmen 1,20 M.

Pistorius: Hymne, m. Begleitung d. Piano. Part. 80 Pf. Stimm. 1 M.

Riva: a) Noch ist die Freiheit nicht verloren. b) Es dämmert im Osten und Westen. Part. 80 Pf. Stimm. 1 M. Aufforderung, m. Begl. d. Piano. Part. 80 Pf. Stimm. 80 Pf.

Bitte zu verlangen. Liefere nur bar.

Spezialität: **Arbeiterlieder.**

J. Günther, Verlag, Dresden.

Einfache und elegante **Damenschneiderei** fertigt **Emma Seidel, Markusstr. 12 1.** (Thoreingang).

Granzbinderei u. Blumenhandlg.

von **J. Meyer**

Berlin SO., Wienerstraße 1,

(in der Ecke bei der Mantuffelstraße).

Gekante Preise. Auch Versandt.

Pünktlich und gut.

Fernsprecher, Amt IX. 9482.

Empfehle den Parteigenossen meine

Cigarren eigener Fabrik

aus rein amerif. Tabak, 25 Cigarr. 1 Mk.

Tabak und Cigaretten.

Julius Ulbrich,

Skalitzerstraße 41, nahe Rauhherp.

Bleistifte.

Genossen! Kaufe nur die Bleistifte **„Solidarität“** oder **„Acht-Stunden-Arbeit“** von **Jean Blos, Stein bei Rürnberg.** Liefere franko auch kleine Bestellungen. Bei Abnahme von 10 Mark Werth Prozenie.

Besonders die Vereins- und Gewerkschafts-Borstände werden hierauf aufmerksam gemacht.

Erscheint täglich außer Montags.

Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorwärts Berliner Volksblatt.

Man abonniert für

3,30 Mk. pr. Quartal bei jeder Postanstalt. Nr. 6469 der Postzeitungs-Preisliste für 1891.

Expedition, Berlin SW., Deuth-Strasse 3.

Oswald Schensch's Restauration

Adalbertstraße 16, zwischen Raunyn- und Oranienstraße.

Sämmtliche Räume sind neu renovirt.

Genossen empfehle mein Gutgeschäft. Arbeite nur mit **Fabrikanten**, welche sich der **Kontrollmarken Deutscher Gutmacher** angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Die Kunststickerei, Bilderhandlung und Bildereinrahmung

von **Fröhlich & Richter**

65, Grüner Weg Berlin O., Grüner Weg 65.

empfehle ich den Genossen und Vereinen zur Vierung von **Haaldekorationen, Polosaltbüssen** (63 cm) 8 Mk., **Bilder in sozialdemokratischen Genres** zu Verlosungen x. — Spezialität: **Sozialdemokratische Singsprüche** in bester Ausführung (eigenes Fabrikat). — Anfertigung von **Bannern, Fahnen etc.**

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Bind- u. Schweineschlächterei** in freundliche Erinnerung.

Zentr.-Markthall. Stand 148.

Carl Aurin.

Schuhe und Stiefel

aus der deutschen Schuhfabrik in Erfurt.

(mit Kontrollmarke)

bei **Chr. Geyer, Oranienstraße 202.**

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maß,

empfehle wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen

J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Cras,** Berlin. — Verleger und Drucker: **Maurer, Werner, Dinnisch,** sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.